



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

40. Jahrgang

Heft 7

Juli 1988

Grafik des Monats: Schüler

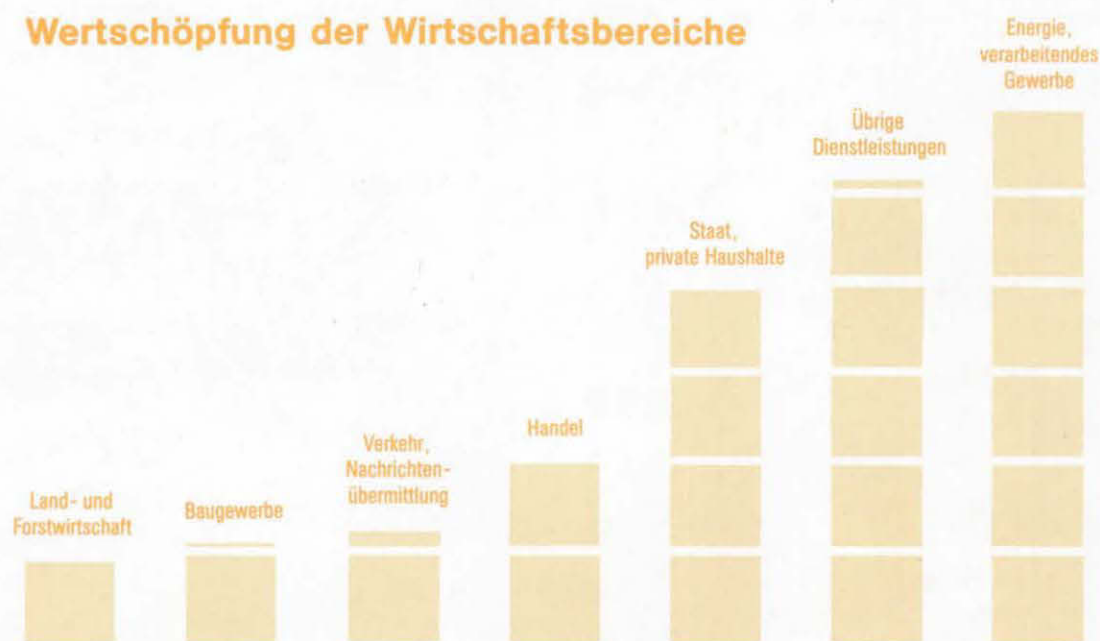
Aufsätze: Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1986
Entgelte der Beschäftigten 1984
Studenten

Grafik Preisindex der Lebenshaltung

Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹		Mai 1988		Januar bis Mai 1988	
Beschäftigte	1 000	164	+ 0,2	163	- 0,3
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	+ 0,4	15	+ 1,1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	576	+ 2,1	553	+ 3,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 019	+ 1,2	3 000	+ 3,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 375	+ 5,0	2 261	+ 2,0
Auslandsumsatz	Mill. DM	644	- 10,8	739	+ 10,2
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 784	+ 16,1	1 915	+ 17,6
aus dem Inland	Mill. DM	1 222	+ 16,1	1 217	+ 10,3
aus dem Ausland	Mill. DM	563	+ 16,2	698	+ 32,7
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	38	- 7,6	37	- 1,8
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	4	- 8,5	3	+ 15,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	108	- 3,9	89	+ 12,0
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	353	+ 7,2	258	+ 30,6
Auftragseingang ³	Mill. DM	241	+ 3,5	204	+ 9,4
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	677	+ 1,3	571	+ 16,3
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	494	+ 30,0	403	+ 17,8
Einzelhandel		April 1988		Januar bis April 1988	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	104,7	- 3,8	100,5	+ 4,9
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	102,7	+ 4,0	82,2	+ 9,0
Fremdenverkehr ⁵		März 1988		Januar bis März 1988	
Ankünfte	1 000	p 176	+ 26,3	p 125	+ 18,5
Übernachtungen	1 000	p 764	+ 43,1	p 513	+ 26,6
Arbeitsmarkt		Mai 1988		Januar bis Mai 1988	
Arbeitslose	Anzahl	102 503	+ 0,2	115 976	- 3,1
Außenhandel		April 1988		Januar bis April 1988	
Ausfuhr	Mill. DM
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1
2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1
3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
4) Nur Errichtung neuer Gebäude

- 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)
6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken
7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 7/88

	Seite
Aktuelle Auslese	135
Aufsätze	
Die Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1986	136
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Bruttojahresentgelt 1984	141
Studenten heute und vor zehn Jahren	145
Grafik	
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	150
Aus unserem Archiv	151
Grafik des Monats	142
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 2/1988
Gewerbezahlungen
- Heft 3/1988
Sozialversicherung in der VGR
Bauhauptgewerbe
- Heft 4/1988
Schleswig-Holstein im Jahre 1987
- Heft 5/1988
Nach-Denken über Datenschutz
Bevölkerungsfortschreibung
Milchkuhrassen
17 Jahre Bevölkerungsfortschreibung
Lehrernachwuchs
- Heft 6/1988
Einheitswerte 1983
Vermögensbesteuerung 1983

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Sei
Gebiet und Bevölkerung	
Bevölkerungsfortschreibung bald auf neuer Basis	5/99
17 Jahre Bevölkerungsfortschreibung	5/110
Bildung und Kultur	
Lehrernachwuchs an den Seminaren	5/112
Unternehmen und Arbeitsstätten	
Gewerbezahlungen	2/24
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Milchkuhrassen in Schleswig-Holstein	5/104
Produzierendes Gewerbe	
Bauhauptgewerbe	3/54
Handel und Gastgewerbe	
Handelsvermittlung	1/4
Öffentliche Finanzen	
Einheitswerte 1983	6/116
Vermögensbesteuerung 1983	6/126
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Sozialversicherungen in der VGR	3/44
Verschiedenes	
Systematiken	1/14
Schleswig-Holstein im Jahre 1987	4/63
Zum Nach-Denken über „Datenschutz“	5/96



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

40. Jahrgang

Heft 7

Juli 1988

Aktuelle Auslese



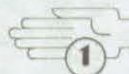
Handwerk verbuchte höhere Umsätze

Im ersten Quartal 1988 haben die selbständigen Handwerker in Schleswig-Holstein ihre Umsätze mit einem Plus von 16 % gegenüber dem Vorjahr beträchtlich gesteigert. Die höchste Zuwachsrate meldete mit 35 % das Baugewerbe. Die günstige Entwicklung geht nicht allein auf den milden Winter zurück. Auch weniger witterungsabhängige Wirtschaftsbereiche (verarbeitendes Gewerbe + 11 %, Dienstleistungssektor + 10 %) profitierten von der allgemein deutlich belebten Nachfrage nach handwerklichen Leistungen.

Das verbesserte Gesamtergebnis wird durch die spürbar gestiegenen Beschäftigtenzahlen gestützt. Sie lagen Ende März 1988 um 2 % über dem Vorjahr. Positive Veränderungen waren hauptsächlich im Dienstleistungsbereich, im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe zu beobachten.

Im Bundesgebiet verlief die Geschäftstätigkeit ebenfalls positiv, jedoch mit insgesamt gesehen nicht so hohen Zuwachsraten. Bundesweit erzielten die Handwerker eine Erlössteigerung von gut 10 %; sie erreichten dieses Ergebnis mit einem geringfügig höheren Personalstand.

Aufkommen aus staatlichen Steuern gestiegen



Die schleswig-holsteinischen Steuerpflichtigen zahlten im ersten Vierteljahr 1988 2,8 Mrd. DM an staatlichen Steuern, 116 Mill. DM oder 4,3 % mehr als im Vorjahr. Das Mehraufkommen erbrachten überwiegend die gemeinschaftlichen Steuern, die um 110 Mill. DM oder 4,6 % zugenommen haben. Die Bundessteuern stiegen um 2 Mill. DM (+ 1,3 %) und die Landessteuern um 4 Mill. DM (+ 2,3 %).

Die gewichtigste Einzelsteuer, die Lohnsteuer, nahm um 55 Mill. DM oder 5,4 % und die Umsatzsteuer um 8 Mill. DM oder 1,2 % zu. Ein Mehr von 45 Mill. DM oder 15,6 % erbrachte die Einfuhrumsatzsteuer. Auch die veranlagte Einkommensteuer lag um 28 Mill. DM oder 12,3 % über dem entsprechenden Vorjahresaufkommen. Dagegen verringerte sich das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer um 34 Mill. DM oder 18,2 %.

Bei den Landessteuern ergaben sich Mehreinnahmen der Vermögensteuer von 8 Mill. DM oder drei Zehnteln, der Erbschaftsteuer von 1 Mill. DM oder einem Zehntel und der Lotteriesteuer von 2 Mill. DM oder 13,3 %. Demgegenüber stehen Mindereinnahmen bei der Kfz-Steuer in Höhe von 8 Mill. DM oder 8,7 %.



Umsatz- und Beschäftigtenanstieg im Einzelhandel und Gastgewerbe

In den Monaten Januar bis April 1988 setzte der Einzelhandel in Schleswig-Holstein nominal 4,9 % und real 4,5 % mehr um als im gleichen Vorjahreszeitraum. In acht Wirtschaftsgruppen waren die Umsätze sowohl nominal als auch real höher, und zwar im Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (nominal + 14,6 %, real + 13,1 %), mit Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen (+ 11,2 %, + 9,0 %), mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw. (+ 7,3 %, + 5,9 %), mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw. (+ 7,1 %, + 8,9 %), mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren (+ 5,0 %, + 4,0 %), mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (+ 3,5 %, + 4,3 %), mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen (+ 3,3 %, + 0,3 %) und mit sonstigen Waren, Waren verschiedener Art (+ 3,1 %, + 3,2 %).

Im Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen (freie Tankstellen) war der Umsatz sowohl nominal als auch real rückläufig (- 5,6 %, - 4,0 %).

Die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt Januar bis April erhöhte sich gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 2,6 %.

Im Gastgewerbe stiegen die Umsätze im ersten Tertial 1988 gegenüber den ersten vier Monaten des Vorjahres nominal um 9,0 % und real um 6,7 % an. Nominale und reale Zuwachsraten waren dabei sowohl im Beherbergungsgewerbe (+ 15,0 %, + 11,1 %) als auch im Gaststättengewerbe (+ 7,3 %, + 5,7 %) zu verzeichnen.

Die Beschäftigtenzahl im Gastgewerbe nahm im Durchschnitt der Monate Januar bis April 1988 im Vergleich zum Vorjahr um 8,4 % zu (Vollbeschäftigte + 5,5 %, Teilzeitbeschäftigte + 12,7 %).

Die Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1986

Die in Schleswig-Holstein gelegenen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus (von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) wiesen für das Geschäftsjahr 1986 Bruttozugänge auf Anlagekonten im Wert von 1 461 Mill. DM aus, das sind nominal 11,7 % mehr als im Vorjahr. Auch unter Berücksichtigung der Preisentwicklung zeigt das Ergebnis erstmals wieder seit 1983 für Schleswig-Holstein einen spürbaren Investitionszuwachs an. Er beträgt real gesehen¹ etwa 9,5 %.

Die deutlichste Steigerung der Investitionsneigung ergab sich 1986 bei den Maschinen und anderen Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattungen. Mit nominal gut 1,2 Mrd. DM wurde in dieser Anlageart 12,6 % mehr investiert als 1985. Dagegen haben die Aufwendungen für Grundstücke und Gebäude nur um 7,4 % auf 259 Mill. DM zugenommen. Hierunter belief sich der Wert des Erwerbs von unbebauten Grundstücken für investive Zwecke auf 8,6 Mill. DM. Bei leicht steigendem Personalstand (+ 0,4 %) wuchs die Investitionsintensität auf 8 678 DM je Beschäftigten an.

Investitionen in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes¹⁾ 1982 bis 1986

— Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten —

Jahr	Beschäftigte am 30. September	Investitionen insgesamt	Davon Maschinen und Betriebs- ausstattung	Gebäude und Grundstücke	Investitionen je Beschäftigten
			Millionen DM		in DM
1982	173 507	1 296	1 035	260	7 467
1983	166 129	1 481	1 240	241	8 915
1984	166 128	1 327	1 006	321	7 985
1985	167 768	1 309	1 067	241	7 801
1986	168 371	1 461	1 202	259	8 678
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
1982	- 4,4	- 19,1	- 14,0	- 34,7	- 15,4
1983	- 4,3	+ 14,3	+ 19,8	- 7,6	+ 19,4
1984	0	- 10,4	- 18,9	+ 33,4	- 10,4
1985	+ 1,0	- 1,4	+ 6,1	- 24,8	- 2,3
1986	+ 0,4	+ 11,7	+ 12,6	+ 7,4	+ 11,2

1) einschließlich Bergbau

1) Zur Messung der Preissteigerung für Investitionsgüter — die auch importiert werden können — steht allerdings nur die Veränderung des zusammengefaßten Bundesindex der Erzeugerpreise für Investitionsgüter (In- und Auslandsabsatz) zur Verfügung, also nur eine absatzorientierte Größe. Die Preisveränderung für aus dem Ausland eingeführte Investitionsgüter ist nicht bekannt.

Kräftiger Zuwachs im Investitionsgüter- und Grundstoffsektor

Der Schwerpunkt der Investitionen fand sich auch im Jahre 1986 in der Wirtschaftshauptgruppe, die selbst Investitionsgüter produziert. Dessen Betriebe wendeten 576 Mill. DM auf und erhöhten den Wert ihrer Anschaffungen weit über Durchschnitt, nämlich um 18,5 %. Auf sie entfielen allein über 39 % des insgesamt erfaßten Betrages. Den größten Einfluß auf die positive Entwicklung in dieser Hauptgruppe übte mit Investitionen in Höhe von 221 Mill. DM der Maschinenbau aus (einschl. Büromaschinen und solche der automatischen Datenverarbeitung). In diesem Wirtschaftsbereich betrug die Zuwachsrate 24 %. An zweiter Stelle folgen die elektrotechnischen Betriebe; sie erhöhten ihre Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr relativ am stärksten (+ 41 %) auf 97 Mill. DM. Trotz der beträchtlichen Steigerung bleibt der Wert je Beschäftigten in dieser Wirtschaftsgruppe weiterhin relativ gering, nämlich nur 5 587 DM, was auf einen vergleichsweise hohen Personalbesatz im Verhältnis zu den investierten Ausgaben schließen läßt. Erstmals seit 1983 kam es auch wieder im Schiffbau zu einem Zuwachs der Investitionen, und zwar um 13 % gegenüber dem Vorjahr. Angesichts der Tatsache, daß die Branche einem lang anhaltenden schmerzhaften Anpassungsprozeß an die Gegebenheiten auf dem Weltmarkt mit seinen Schrumpfungstendenzen unterworfen ist, kann der niedrige Betrag von nur 40 Mill. DM nicht verwundern. Bezogen auf die Beschäftigten gehört die Intensität der Investitionen in diesem Wirtschaftszweig zu den niedrigsten unter allen des verarbeitenden Gewerbes.

Einen ebenfalls beträchtlichen Zuwachs ihrer investierten Ausgaben (+ 18 %) meldeten die Betriebe des Grundstoffe und Produktionsgüter produzierenden Gewerbes. Sie wendeten insgesamt 344 Mill. DM auf. Den größten Einfluß auf die Steigerung übte die chemische Industrie aus. In ihre Betriebe wurden 173 Mill. DM investiert, das sind vier Fünftel mehr als im Jahre 1985. Die Zunahme geht **nicht** auf eine „individuelle“ Entwicklung in einem einzelnen Betrieb der Branche zurück. Vielmehr haben eine ganze Reihe von namhaften Betrieben der chemischen Industrie im Jahre 1986 ihre Investitionen beträchtlich erhöht. In der Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappherzeugung nahmen da-

Investitionen in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes¹⁾ 1986 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen
— Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten —

Wirtschaftsbereich	Millionen DM	Veränderung geg. Vorjahr in %	Je Beschäftigten in DM
Bergbau	55	- 32,4	119 265
Grundstoffe und Produktionsgüter	344	+ 17,9	13 376
darunter			
chemische Industrie	173	+ 80,0	14 347
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	68	+ 8,8	11 260
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	50	- 41,2	32 430
Investitionsgüter	576	+ 18,5	6 323
darunter			
Maschinenbau	221	+ 24,3	6 761
Straßen-, Luft- und Raumfahrzeugbau	79	+ 15,6	8 804
Schiffbau	40	+ 12,6	3 500
Elektrotechnik	97	+ 40,9	5 587
Feinmechanik und Optik	83	+ 2,8	8 062
Verbrauchsgüter	255	+ 7,5	8 976
darunter			
Druckerei und Vervielfältigung	125	+ 27,8	12 027
Kunststoffverarbeitung	35	- 37,6	8 009
Papier- und Pappeverarbeitung	40	+ 109,0	12 396
Nahrungs- und Genußmittel	230	+ 9,2	10 172
darunter			
Fleischverarbeitung (ohne Fleischereien)	20	+ 11,7	7 514
Meiereien und Käsereien	23	+ 18,8	11 628
Dauerback- und Süßwarenherstellung	20	- 13,1	9 377
Backwarenherstellung (ohne Dauerbackwaren)	12	- 39,2	3 241
Obst- und Gemüseverarbeitung	18	+ 33,6	11 029
Futtermittelherstellung	15	- 28,2	15 125
Insgesamt	1 461	+ 11,7	8 678

1) einschließlich Bergbau

gegen die Ausgaben für Anlagegüter erheblich ab (- 41 %); das Ergebnis wurde maßgeblich durch ein im Jahre 1985 abgeschlossenes großes Investitionsvorhaben eines Betriebes der Papiererzeugung beeinflusst; im Berichtsjahr 1986 trat daher ein Basiseffekt auf. In der Wirtschaftsgruppe ist die Veränderungsrate entsprechend negativ. Trotzdem weist sie weiterhin — wie übrigens alle in der Tabelle dargestellten Wirtschaftsgruppen des Grundstoff- und Produktionsgüterbereiches — eine weit überdurchschnittlich hohe Investitionsintensität auf.

Vom Betrag der aktivierten Bruttozugänge her (255 Mill. DM) rangieren die Betriebe mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe an dritter Stelle unter den Wirtschaftshauptgruppen. Ihre Zuwachsrate (7,5 %) liegt jedoch erheblich unter dem Gesamtdurchschnitt für alle Wirtschaftszweige des verarbeitenden Gewerbes. Sie ist die ge-

ringste unter den Wirtschaftshauptgruppen. Allerdings ist die Entwicklung uneinheitlich: Die Druckerei- und Vervielfältigungsbetriebe sowie das Papier und Pappe verarbeitende Gewerbe steigerten ihre Investitionenkraftig, dem standen jedoch auch deutliche Rückgänge der investiven Ausgaben gegenüber, so in den Kunststoff verarbeitenden Betrieben, bei der Herstellung von feinkeramischen Erzeugnissen und in der Holzverarbeitung.

Die Nahrungs- und Genußmittel verarbeitenden Betriebe erhöhten im Jahre 1986 ihre Bruttozugänge um 9,2 % auf insgesamt 230 Mill. DM. Die Entwicklung war in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr uneinheitlich. Die insgesamt positive Veränderungsrate bestimmten die Investitionen in der Fleischwarenindustrie (+ 12 %), in den Meiereien und Käsereien (+ 19 %), in der Obst- und Gemüseverarbeitung (+ 34 %) und nicht zuletzt in den Brauereien. Dagegen wendeten die Hersteller

von Futtermitteln, Back- und Süßwaren weniger auf als im Vorjahr. Hinzuweisen bleibt auf die überdurchschnittlich hohe Investitionsintensität je Beschäftigten in der Futtermittelherstellung und in den Brauereien.

Landesentwicklung blieb hinter dem Bundesgebiet zurück

Trotz des spürbaren Investitionsschubes von 11,7 % im Jahre 1986 hat Schleswig-Holstein mit der Entwicklung im Bundesgebiet nicht Schritt halten können. Dessen Zugänge auf Anlagekonten in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus erhöhten sich im Berichtszeitraum wesentlich stärker, nämlich um 14,5 % gegenüber dem Vorjahr auf 72,9 Mrd. DM. Das Zurückbleiben der Investitionstätigkeit Schleswig-Holsteins gegenüber dem Bund im Jahre 1986 ist keine Ausnahme, sondern nur die Fortsetzung einer seit Jahren zu beobachtenden Entwicklung. Dies beweist deutlich die Tabelle mit den jährlichen Investitionen in Form von Meßziffern auf der Basis 1977 = 100. Es läßt sich unschwer ablesen, daß die Zunahme der Aktivitäten zur Beschaffung von Sachanlagen im nördlichsten Bundesland schon jahrelang hinter derjenigen im Bundesgebiet zurückgeblieben ist. So ergibt sich für Schleswig-Holstein im Jahr 1986 eine Meßziffer von 117 gegenüber derjenigen des Bundes von 182.

Investitionen in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes¹⁾ in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet seit 1977
— Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten —

Jahr	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet	Anteil der Investitionen in Schleswig-Holstein am Bund in %
	1977 = 100		
1977	100	100	3,1
1978	92	102	2,8
1979	113	116	3,1
1980	149	135	3,5
1981	128	134	3,0
1982	103	132	2,5
1983	118	140	2,7
1984	106	137	2,4
1985	104	159	2,1
1986	117	182	2,0

1) einschließlich Bergbau

Zwar handelt es sich bei den Investitionen um eine jährlich stark schwankende Größe, die es problematisch erscheinen läßt, nur ein Anfangs- und ein Endjahr zum Vergleich heranzuziehen; die Zwischenwerte für die

einzelnen Jahre machen jedoch sehr gut deutlich, daß das Auseinanderklaffen der Daten Folge einer jahrelangen Entwicklung ist und nicht etwa auf Zufälligkeiten des Basis- oder Endjahres des Beobachtungszeitraumes beruht. Das Bild einer stark hinter dem Bund zurückbleibenden Investitionsneigung wird gestützt durch den Vergleich der prozentualen Anteile der Investitionen in Schleswig-Holstein an denen des Bundesgebiets. In der Zeit von 1977 bis 1986 hat dieser Anteil von 3,1 % auf 2,0 % abgenommen. Hinzuweisen ist noch auf die ins Auge springende Investitionsschwäche in Schleswig-Holstein nach 1980. Sie ist u. a. die Folge des Auslaufens der enormen Aufwendungen im Wirtschaftsraum Brunsbüttel, einem Investitionsstoß, der sich seitdem im nördlichsten Bundesland bisher auch nur annähernd nicht wiederholt hat.

Viele Investitionsentscheidungen durch Unternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern

Die bisher genannten Zahlen beziehen sich auf die **Betriebe**. Sie stellen dar, was an den Produktionsstandorten des Landes investiert worden ist, und zwar unabhängig davon, wo sich der Unternehmenssitz befindet. Der Unternehmenssitz ist aber in aller Regel die Stelle, an der über die Investitionen in den Betrieben entschieden wird. Im Falle von Betrieben, die zu Unternehmen mit Sitz außerhalb des Landes gehören, bedeutet dies, daß die Entscheidungen, in Schleswig-Holstein zu investieren, von außerhalb getroffen werden. Ihnen kommt im nördlichsten Bundesland eine erhebliche Bedeutung zu.

Die **Unternehmen** des verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus mit Sitz in Schleswig-Holstein wiesen im Jahre 1986 Bruttozugänge auf Anlagekonten in Höhe von 1 090 Mill. DM aus, darunter 34 Mill. DM für Zweigniederlassungen in anderen Bundesländern. Gegenüber der Investitionssumme für alle **Betriebe** (1 461 Mill. DM) haben die Unternehmen im Jahre 1986 in ihre im Lande gelegenen Niederlassungen rund 405 Mill. DM weniger investiert. Diese Differenz gibt eine ungefähre Größenvorstellung darüber, in welchem Ausmaß unternehmerische Entscheidungen in anderen Bundesländern die Höhe der Investitionen in Schleswig-Holstein beeinflussen. Dem Wert nach sind es etwa 28 % des insgesamt im eigenen Lande aufgewendeten Betrages. Nicht in diese Überlegungen einbezogen sind allerdings diejenigen Entscheidungen, die für zwar rechtlich selbständige, aber finanziell abhängige schleswig-holsteinische Unternehmen durch deren Muttergesellschaften mit Sitz außerhalb des Landes gefällt wurden. Ihr Umfang ist nicht nachweisbar, da sta-

tistische Aufzeichnungen über die Verflechtungsverhältnisse zwischen schleswig-holsteinischen Unternehmen und solchen in anderen Bundesländern von der amtlichen Statistik nicht erfaßt werden.

Aufwendungen für Mieten und Pachten nahmen weiter zu

Die Aussagefähigkeit der Investitionserhebung ist unter anderem deswegen zunehmend beeinträchtigt, weil die sogenannten „Mietinvestitionen“ in ihr nicht enthalten sind. Zu verstehen ist unter diesem Begriff die Beschaffung von Anlagegütern und deren Nutzung nicht durch Erwerb, sondern durch Miete, insbesondere durch Leasing, aber auch durch andere Formen der Anlagenmiete. Da das Konzept der Statistik bisher noch streng an die Erfassung der Anlagegüter beim Eigentümer gebunden ist und nicht beim Nutzer, geben die Ergebnisse immer weniger genau Aufschluß über den wahren Umfang der tatsächlich beschafften Güter in den Betrieben und Unternehmen; die Nutzung von Anlagegütern durch Miete hat nämlich in den letzten zehn Jahren erheblich zugenommen. Sie unterscheidet sich in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen als Produktionsmittel in nichts von einer nach Erwerb genutzten Anlage. Ein Unterschied besteht nur in den rechtlichen Eigentumsverhältnissen beim Nutzer und in der Finanzierungsform. Die Abweichung schlägt sich allerdings deutlich im Rechnungswesen nieder: Die Investition führt zum Aktivtausch oder — im Falle der Fremdfinanzierung — zu einer Bilanzverlängerung; die Miete/Pacht beeinflusst als Aufwandskomponente unmittelbar den Betriebserfolg, erscheint aber nicht als Anlageposten in der Bilanz.

Gegenwärtig werden nur die Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen erfragt. Dies kann die fehlende Information über die Mietinvestitionen nicht ersetzen. Die Höhe des jährlichen Miet- oder Pachtzinses sagt nichts darüber aus, ob er für ein neu beschafftes Anlagegut bezahlt wurde, und wenn ja, welchen Anschaffungswert es hat, oder ob er ein Entgelt für die Nutzung eines älteren Anlagegutes ist, das der Mieter bereits seit mehreren Jahren einsetzt. Dennoch läßt sich aus der Zunahme der aufgewendeten Beträge seit 1977 ableiten, daß diese moderne Form der Nutzung mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. In den schleswig-holsteinischen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes erhöhte sich der Wert der gezahlten Mieten und Pachten zwischen 1977 und 1986 von 136 Mill. DM auf 316 Mill. DM. Dies entspricht einer Steigerung um 132 % innerhalb von neun Jahren, wobei sich der auf-

gewendete Betrag von Jahr zu Jahr — wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß — erhöht hat.

Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes¹⁾ 1977 bis 1986
— Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten —

Jahr	Aufwendungen für Mieten und Pachten		Dagegen Investitionen		Verhältnis Mieten und Pachten zu Investitionen in %
	Millionen DM	Veränderung geg. Vorjahr in %			
1977	136				10,8
1978	138	+ 1,4	- 8,2		12,0
1979	174	+ 26,3	+ 23,6		12,2
1980	179	+ 3,1	+ 30,9		9,6
1981	197	+ 9,6	- 14,0		12,3
1982	225	+ 14,7	- 19,1		17,4
1983	244	+ 8,4	+ 14,3		16,5
1984	277	+ 13,5	- 10,4		20,9
1985	302	+ 8,9	- 1,4		23,1
1986	316	+ 4,7	+ 11,7		21,7

1) einschließlich Bergbau

Die steigende Bedeutung des Leasing als Anlageform läßt sich auch aus dem zunehmenden Anteil der von der Investitionserhebung erfaßten Betriebe ablesen, die diese Nutzungsform in Anspruch nahmen. Im Jahre 1986 zahlten in Schleswig-Holstein 1 035 Betriebe des verarbeitenden Gewerbes einen Pacht- oder Mietzins für Anlagegüter, das sind 70 % aller Befragten. Im Jahre 1977 hatte dieser Anteil noch 51 % betragen. Einen weiteren Hinweis auf das zunehmende Gewicht der neuen Anlageform gibt die anhaltende Veränderung des Verhältnisses der Ausgaben von Mieten und Pachten zu denen für Investitionen. Im Jahre 1977 hatte dieses Verhältnis noch 11 : 100 betragen; der Wert des Quotienten erhöhte sich im Verlaufe der vergangenen neun Jahre beträchtlich, nämlich auf 22 : 100. Gegenüber den Ausgaben für Investitionen hat sich also das Gewicht der Aufwendungen für Mieten und Pachten seitdem verdoppelt.

Im Investitionsgüterbereich waren 1986 wie auch schon in den vergangenen Jahren die Aufwendungen für Mieten und Pachten am höchsten. Auf ihn entfiel mit 170 Mill. DM über die Hälfte (54 %) des von allen Betrieben aufgewendeten Betrages, was einem Verhältnis zu den Investitionen in dieser Hauptgruppe von 30 % entspricht. Diese Quote wurde im Verbrauchsgüter produzierenden Bereich bei weitem nicht erreicht (21 %), und beim Grundstoffe und Produktionsgüter produzierenden Gewerbe betrug sie sogar nur 14 %.

Hamburger Umland mit höchstem Investitionsvolumen

Die Darstellung der Investitionen in kreisweiser Gliederung läßt die unternehmerischen Einzelentscheidungen umso stärker hervortreten, je größer die Abhängigkeit der Region von ihnen ist. Die Abhängigkeit nimmt zu, wenn die Region besonders klein ist, der Beschäftigtenstand in ihr besonders niedrig ist oder sie von einer sehr einseitigen Branchenstruktur der Betriebe beherrscht wird. Dies wird besonders deutlich in den Ergebnissen des Kreises Plön, der den niedrigsten Personalbesatz aufweist und für 1985 auch ein sehr geringes Investitionsvolumen. Es verwundert unter diesen Umständen nicht, daß eine unternehmerische Einzelentscheidung im Berichtsjahr 1986 zu einer extrem hohen Investitionsintensität in diesem Kreis führte.

Investitionen in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes¹⁾ und des Bergbaus nach Kreisen und Planungsräumen im Jahre 1986

— Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten —

	Beschäftigte am 30. 9.	Mill. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	je Beschäftigten in DM
Herzogtum Lauenburg	7 954	72	+ 24	9 002
Pinneberg	20 503	144	+ 12	7 004
Segeberg	16 339	160	+ 3	9 771
Stormarn	17 081	164	+ 68	9 582
Planungsraum I	61 877	539	+ 23	8 703
Lübeck	21 594	155	+ 1	7 187
Ostholstein	6 036	47	- 9	7 845
Planungsraum II	27 630	203	- 1	7 331
Kiel	23 451	161	+ 23	6 883
Neumünster	10 179	79	+ 7	7 792
Rendsburg-Eckernförde	10 052	79	- 33	7 882
Plön	2 659	55	+ 98	20 804
Planungsraum III	46 341	375	+ 6	8 098
Dithmarschen	6 514	77	+ 44	11 839
Steinburg	9 347	118	+ 32	12 661
Planungsraum IV	15 861	195	+ 36	12 323
Flensburg (Stadt)	8 730	82	- 26	9 450
Schleswig-Flensburg	5 002	39	- 3	7 786
Nordfriesland	2 930	28	+ 52	9 534
Planungsraum V	16 662	149	- 12	8 965
Schleswig-Holstein	168 371	1 461	+ 12	8 678

1) einschließlich Bergbau

Im Verhältnis zu seiner relativ geringen Beschäftigtenzahl weist der Planungsraum IV — zu ihm rechnen die Kreise Dithmarschen und Steinburg — ein relativ ho-

hes Investitionsvolumen aus. Dies führt zu einer Investitionsintensität je Beschäftigten, die weit über dem Landesdurchschnitt liegt. Sie wird durch hohe Investitionen für die Instandhaltung und Erneuerung von vorhandenen Anlagen wie auch von Neuanschaffungen in der kapitalintensiven Grundstoffindustrie und im Druckereigewerbe in diesem Planungsraum hervorgerufen.

Am Anfang der Rangfolge nach dem Betrag stehen weiterhin die Kreise des zum Planungsraum I gehörenden Gebiets des nördlichen Randgürtels um Hamburg. Auf sie konzentriert sich die größte Masse der in Schleswig-Holstein getätigten Investitionen, nämlich 539 Mill. DM, das sind allein 37 % des insgesamt im Jahre 1986 erfaßten Betrages. Gegenüber dem Vorjahr haben die investiven Aufwendungen in allen Kreisen dieses Planungsraumes zugenommen, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße. Die Ergebnisse werden auch durch individuelle Einzelentscheidungen geprägt. Binnen Jahresfrist hat in diesem Raum das Investitionsvolumen um fast ein Viertel zugenommen. Die dort ansässigen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes weisen auch die höchste Beschäftigtenzahl aller Planungsregionen aus, so daß man sagen kann, das Zentrum der wirtschaftlichen Aktivität im verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins befindet sich im Süden des Landes im Randgebiet um Hamburg.

Am Ende der Reihenfolge nach dem Betrag rangieren weiterhin die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, die zusammen mit der Stadt Flensburg den Planungsraum V bilden. Diese Region mit ihrem geringen Besatz an Verarbeitungskapazitäten weist zugleich auch das geringste Investitionsvolumen auf, nämlich nur 149 Mill. DM, wovon über die Hälfte (55 %) allein auf die Stadt Flensburg entfallen. Der Planungsraum V ist die einzige Region in Schleswig-Holstein, die für 1986 einen erheblichen Rückgang der investiven Ausgaben binnen Jahresfrist (- 12 %) gemeldet hat. Gegenüber dem durchschnittlichen Ergebnis des Landes (+ 12 %) bedeutet dies ein Abweichen nach unten um 24 Prozentpunkte. Die ungünstigen Standortverhältnisse im Landesteil Schleswig, zu dem noch ein Teil des Landkreises Rendsburg-Eckernförde zählt, seine Verkehrsferne zu den Absatz- und Bezugsmärkten, haben auch im Jahre 1986 dazu geführt, daß der Entwicklungsabstand sich gegenüber dem südlichen Landesteil weiter vergrößert hat. Hierbei treten ähnliche Erscheinungen auf, wie sie im Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet zu beobachten sind.

Klaus Scheithauer

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Bruttojahresentgelt 1984

Die Beschäftigtenstatistik ist eine Sekundärstatistik, die auf einem automatischen Meldeverfahren zwischen Arbeitgebern, Krankenkassen, Rentenversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit basiert. Sie spielt im Gesamtsystem der Erwerbstätigenstatistiken eine wichtige Rolle, weil sie eine hohe Prozentzahl aller in Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer erfaßt und für diese vierteljährlich demografische, bildungsstatistische sowie erwerbs- und wirtschaftsstatistische Daten liefert.¹

Die Beschäftigtenstatistik beruht auf einer Totalauszählung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum jeweiligen Stichtag. Sie erfaßt rd. 75 % aller Erwerbstätigen. Nicht erfaßt werden lediglich Beamte, Selbständige, mithelfende Familienangehörige sowie alle geringfügig Beschäftigten.² Darüber hinaus ist es nunmehr mit Hilfe des neu hinzugekommenen Jahreszeitraummaterials möglich, sowohl Aussagen über die Struktur der im Verlauf eines Jahres sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer als auch über die Höhe des von ihnen erzielten Entgelts zu machen.

Neben einer Personenauszahlung aus dem Jahreszeitraummaterial ist auch eine fallweise Betrachtung möglich. Ein Arbeitnehmer kann während des Jahres den Arbeitsplatz gewechselt haben, die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse (Fälle) ist deshalb höher als die der Personen. Die von den Arbeitgebern gemeldeten einzelnen Arbeitsverhältnisse sind wirtschaftssystematisch

und regional eindeutig zuzuordnen, was im Personenkonzept bei Arbeitnehmern mit mehreren Beschäftigungen in unterschiedlichen Branchen und Arbeitsorten nicht möglich ist, es sei denn um den Preis von Doppelzählungen und damit überhöhten Bestandszahlen. Da sich die nachfolgenden Ausführungen insbesondere mit dem durchschnittlichen sozialversicherungspflichtigen Bruttojahresentgelt auf Kreisebene befassen, wurde auf die Fallzählung zurückgegriffen.

In bezug auf die Höhe der festgestellten durchschnittlichen Entgelte ist zu berücksichtigen, daß diejenigen, die über der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten liegen — diese betrug 1984 62 400 DM —, nur mit diesem Grenzbetrag in die Ermittlung einbezogen werden. Die tatsächlichen Durchschnittsentgelte sind also höher, und zwar in einem nach Regionen und Wirtschaftszweigen unterschiedlichen, leider unbekannten Ausmaß. Dies gilt es bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten.

1984 wurden in Schleswig-Holstein 940 000 Beschäftigungsfälle (bei 812 000 versicherungspflichtig beschäftigten Personen) registriert, davon wiesen 60 % eine Beschäftigung aus, die über das ganze Jahr dauerte. Um eine möglichst homogene Gruppe von versicherungspflichtigen Arbeitnehmern zu untersuchen, werden in der Folge nur ganzjährig beschäftigte Arbeitnehmer betrachtet. Das durchschnittlich gezahlte Bruttoentgelt für einen derartigen Beschäftigungsfall betrug 31 959 DM und damit 4,1 % mehr als 1983.

Von diesem Durchschnittsbetrag wichen die Wirtschaftsabteilungen deutlich ab. Die Spannweite geht von 72,4 % (Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei) bis 132,2 % (Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau) des Landesdurchschnitts.

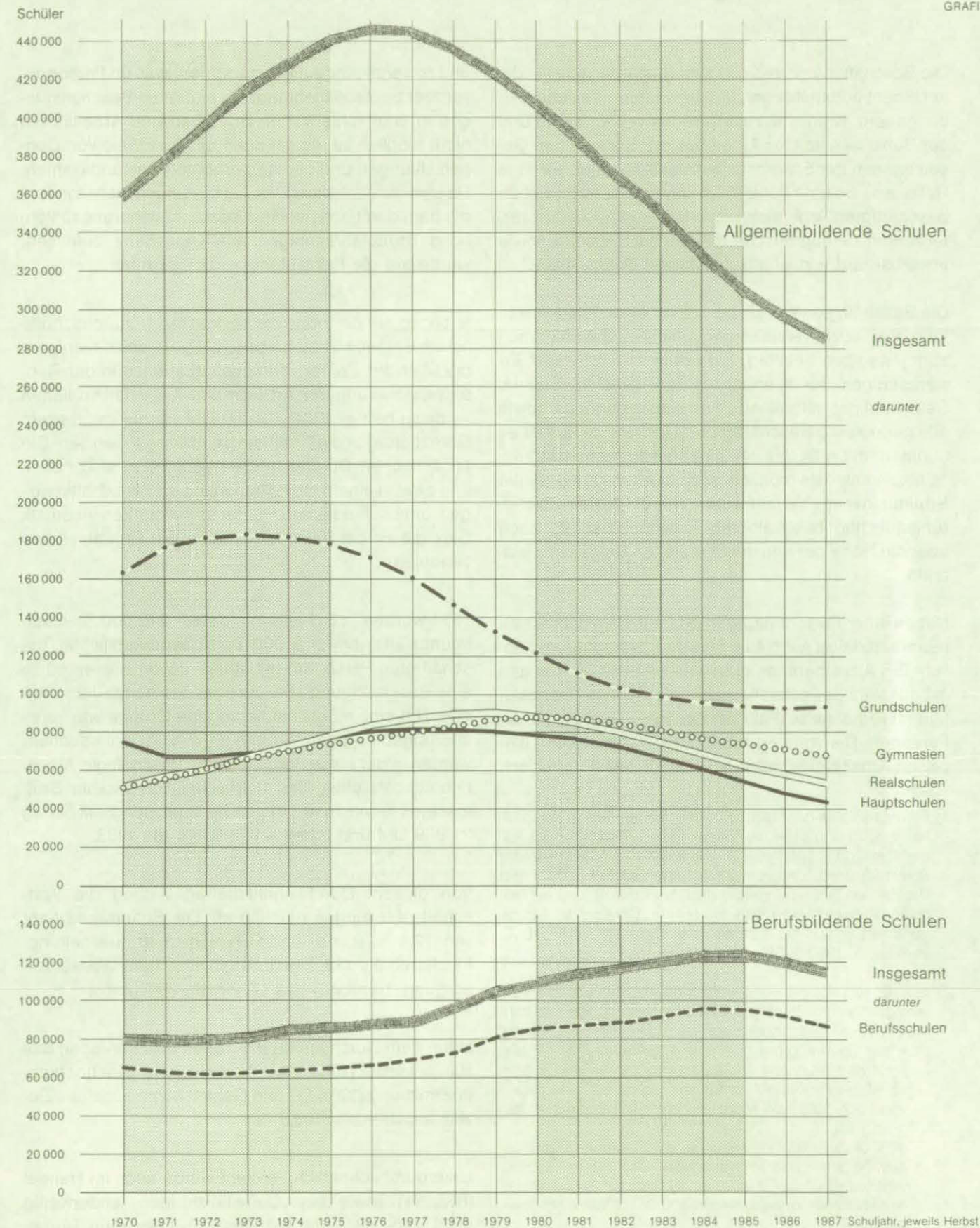
Nahe dem Durchschnitt bzw. eben darüber lagen das Baugewerbe (104,1 %), Verkehr und Nachrichtenübermittlung (108,6 %) und Gebietskörperschaften, Sozialversicherung (105,5 %).

Unterdurchschnittlich verdient wurde auch im Handel (85,6 %) sowie bei „Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“ (87,0 %). Deutlich über dem Durch-

1) Form und Inhalt der Meldungen werden seit 1981 in der Zweiten Verordnung über die Erfassung von Daten für die Träger der Sozialversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeit (Zweite DEVO vom 29. 5. 1980, BGBl. I S. 593) und der Zweiten Verordnung über die Datenübermittlung auf maschinell verwertbaren Datenträgern im Bereich der Sozialversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit (Zweite DÜVO vom 29. 5. 1980, BGBl. I S. 616) geregelt

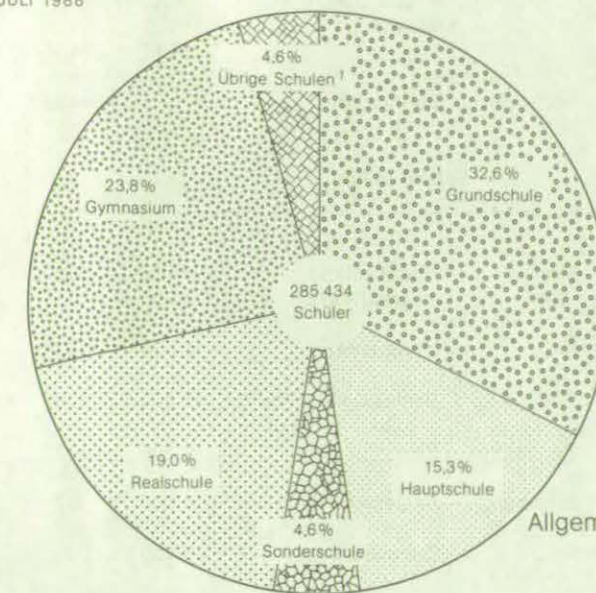
2) Eine Erwerbstätigkeit wird versicherungsrechtlich dann als eine geringfügige Beschäftigung oder geringfügige selbständige Tätigkeit bezeichnet, wenn sie nur kurzfristig ausgeübt oder nur geringfügig entlohnt wird. Eine Tätigkeit gilt als — kurzfristig, wenn sie im Laufe eines Jahres ihrer Eigenschaft nach oder im voraus vertraglich auf eine Dauer von höchstens zwei Monaten oder 50 Arbeitstagen begrenzt ist; — geringfügig entlohnt, wenn sie zwar laufend oder in regelmäßiger Wiederkehr ausgeübt wird, die vereinbarte Wochenarbeitszeit aber unter 15 Stunden liegt und das Arbeitsentgelt im allgemeinen 400 DM (1984) nicht übersteigt.

Entwicklung der Schülerzahl

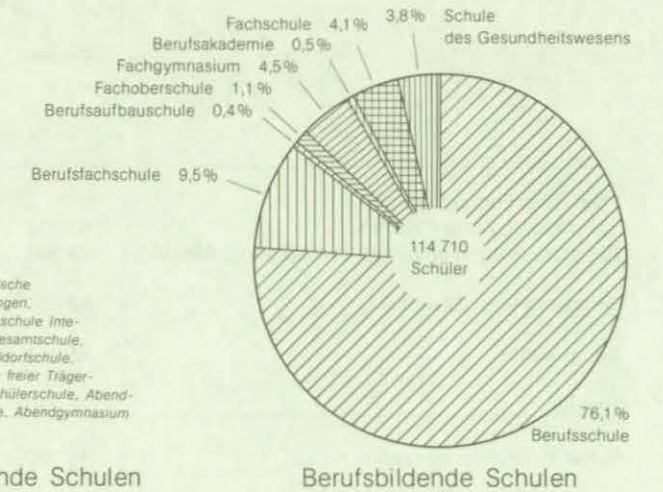


Schüler in allgemein- und berufsbildenden Schulen

GRAFIK DES MONATS JULI 1988

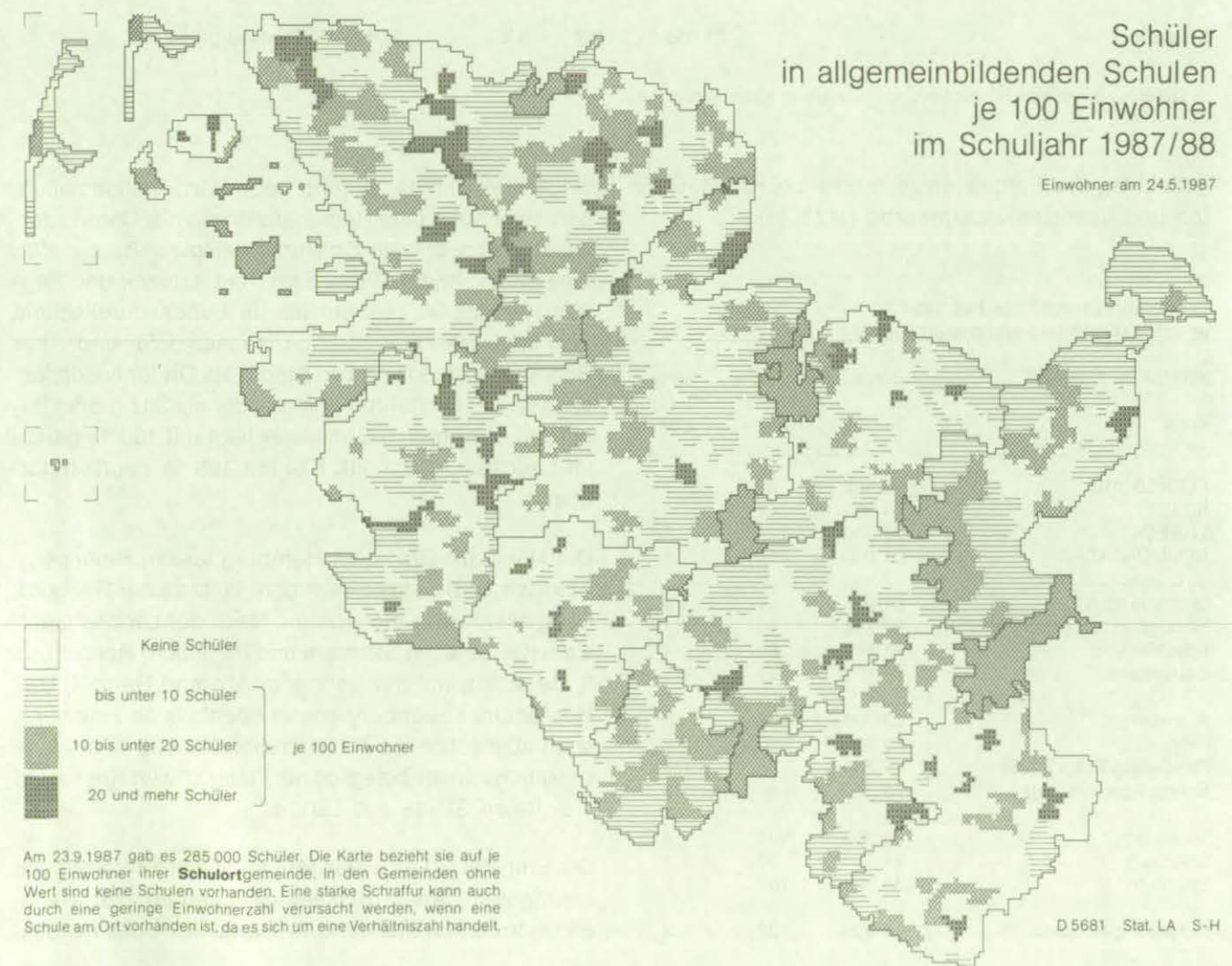


1) Vorschulische Einrichtungen, Angebotsschule integrierte Gesamtschule, Freie Waldorfschule, Schule in freier Trägerschaft, Schülerschule, Abendrealschule, Abendgymnasium



Schüler in allgemeinbildenden Schulen je 100 Einwohner im Schuljahr 1987/88

Einwohner am 24.5.1987



Bruttojahresentgelt je Fall 1984 und die Kreise mit den höchsten/geringsten Durchschnittswerten nach Wirtschaftsabteilungen
— ganzjährig vollbeschäftigte Personen —

Wirtschaftsabteilung	Bruttojahres- entgelt je Fall		KREISFREIE STADT, Kreis mit ...		Spannweite ¹	
	Entgelt	% vom Landes- durch- schnitt	höchstem ...	geringstem ...	in DM	in % von Spalte 1
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	23 100	72,4	Plön	Nordfriesland	8 700	38
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	42 300	132,2	Plön	NEUMÜNSTER	13 300	31
Verarbeitendes Gewerbe	35 000	109,6	KIEL	Nordfriesland	11 600	33
Baugewerbe	33 300	104,1	Pinneberg	Schleswig-Flensburg	6 500	19
Handel	27 400	85,6	Segeberg	Plön	9 200	33
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	34 700	108,6	Segeberg	Schleswig-Flensburg	6 000	17
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	37 400	117,1	KIEL	Dithmarschen	7 800	21
Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	27 800	87,0	KIEL	Steinburg	5 900	21
Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte	28 900	90,4	KIEL	Steinburg	11 200	39
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	33 700	105,5	KIEL	Segeberg	6 300	19
Insgesamt	31 959	100	KIEL	Schleswig-Flensburg	5 979	19

1) Differenz zwischen höchstem und geringstem Kreisdurchschnitt

schnitt lag das Entgelt lediglich noch bei Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe (117,1 %).

**Bruttojahresentgelte je Fall 1984
in den Kreisen und kreisfreien Städten**

KREISFREIE STADT	Entgelt	In % des	Rang-
Kreis	in DM	Landes- mittels	folge- ziffer
FLensburg	31 600	99	8
KIEL	34 500	108	1
LÜBECK	32 300	101	5
NEUMÜNSTER	31 800	100	6
Dithmarschen	31 000	97	9
Herzogtum Lauenburg	30 700	96	11
Nordfriesland	28 800	90	14
Ostholstein	29 100	91	12
Pinneberg	33 500	105	3
Plön	28 900	90	13
Rendsburg-Eckernförde	30 700	96	10
Schleswig-Flensburg	28 500	89	15
Segeberg	33 300	104	4
Steinburg	31 700	99	7
Stormarn	33 600	105	2
Schleswig-Holstein	31 959	100	X

Neben der Differenzierung nach Wirtschaftsabteilungen zeigt auch eine Regionalisierung der Daten interessante Ergebnisse: So wurde beispielsweise in den kreisfreien Städten Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster besser verdient als im Landesdurchschnitt oder zumindest ebenso gut. Ursachen dafür sind in der Bedeutung der kreisfreien Städte als Ort für Niederlassungen von Großunternehmen oder als Sitz großer Behörden zu sehen. Neumünster liegt mit 100 % genau im Landesdurchschnitt, Kiel mit 108 % deutlich darüber.

Die Nähe zur Großstadt Hamburg lassen Pinneberg, Stormarn und Segeberg vordere Plätze einer Rangordnung aller Kreise einnehmen. Nach der Landeshauptstadt Kiel belegen Stormarn und Pinneberg Rang 2 und 3, Segeberg mit nur geringem Abstand Rang 4. Das Herzogtum Lauenburg grenzt ebenfalls an Hamburg, spürt aber schon die Zonenrandlage: Mit 96 % des Landesdurchschnitts belegt es nur Rang 11 aller Kreise und kreisfreien Städte des Landes.

Die Entgelte je Fall waren im Landesteil Schleswig am niedrigsten: Kreis Schleswig-Flensburg 15. Rang, 89 %, Kreis Nordfriesland 14. Rang, 90 % des Landes-

durchschnitts, gefolgt von den Kreisen Plön (13. Rang, 89 % des Landesdurchschnitts) und Ostholstein (12. Rang, 91 %). Ein ebenfalls unterdurchschnittliches Jahresentgelt verzeichnen die Kreise Dithmarschen (97 %), Rendsburg-Eckernförde (96 %) und Steinburg (99 %).

Da die Kreise wirtschaftlich unterschiedlich strukturiert sind und bekanntlich branchenweise unterschiedlich verdient wird, liegen die Durchschnittsentgelte in den Kreisen verständlicherweise auch auseinander. Aber auch die Streuung der Durchschnittsentgelte je Kreis um das entsprechende Landesmittel in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen ist erheblich.

Die größte Spannweite innerhalb einer Wirtschaftsabteilung ist in der Energie- und Wasserversorgung festzustellen, und zwar zwischen den Kreisen Plön und Neumünster. Sie beträgt hier 13 300 DM. Das ist fast ein Drittel des Landesdurchschnitts. Eine nach Prozentpunkten (39) sogar noch höhere Abweichung findet sich bei „Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte“ zwischen der Landeshauptstadt Kiel und dem Kreis Steinburg. Selbst die geringste Differenz in einer Wirtschaftsabteilung von 5 900 DM — sie gilt im Bereich „Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“, und zwar zwischen der Landeshauptstadt Kiel und dem

Kreis Steinburg — ist noch beachtlich hoch, sie entspricht immerhin 21 % des Landesmittels.

Dies kann nicht einfach mit den unterschiedlichen Verdienstmöglichkeiten in einzelnen Kreisen erklärt werden, sondern kann auch davon abhängen, daß nicht nach der Art des Arbeitsverhältnisses in Vollzeit oder Teilzeit unterschieden wird. Die Entgelte sind aber auch von der Berufsstruktur der Beschäftigten in einer Wirtschaftsabteilung abhängig. So werden Werbefachleute ein erheblich höheres Einkommen aufweisen als beispielsweise Arzthelferinnen, beide werden jedoch in der Wirtschaftsabteilung „Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“ erfaßt. Auch werden Regionen mit Betrieben der chemischen Industrie höhere Durchschnittsentgelte für das verarbeitende Gewerbe aufweisen als Regionen ohne derartige Arbeitgeber, d. h. der „Branchenmix“ einer Wirtschaftsabteilung ist ebenfalls wesentlich für das Ergebnis der betroffenen Wirtschaftsabteilung.

Wie dauerhaft die oben aufgezeigten regionalen Disparitäten sind, läßt sich erst beantworten, wenn das Jahreszeitraumaterial der Beschäftigtenstatistik über einen längeren Zeitraum beobachtet werden kann. Das ist zur Zeit noch nicht möglich.

Josef Keil

Studenten heute und vor zehn Jahren

In Heft 4/1988 dieser Zeitschrift wurde kurz über die Studenten des Wintersemesters 1987/88 berichtet. Dort wurden die aktuellen Studentenzahlen mit denen des Vorjahres verglichen. An dieser Stelle soll dagegen ein Vergleich mit dem Wintersemester 1977/78 erfolgen, und zwar nach Hochschularten, Fächergruppen, Alter der Studienanfänger und der sozialen Herkunft der Studenten. Dabei ist folgendes zu berücksichtigen:

Im Wintersemester 1977/78 existierten die Nordische Universität Flensburg und die Fernfachhochschule Rendsburg noch nicht, die Studenten der Verwaltungsfachhochschule Altenholz wurden noch nicht in die Hochschulstatistik einbezogen. Wegen der Besonderheiten der Fernfachhochschule und der Verwaltungsfachhochschule sind diese Hochschulen bei einigen Gegenüberstellungen auch im Wintersemester 1987/88 nicht berücksichtigt, denn ihre Studenten sind bereits

erwerbstätig und gehen einem Fernstudium nach bzw. lassen sich zum Inspektor ausbilden.

Seit dem Wintersemester 1983/84 werden die Nebenhörer in der Studentenstatistik nur noch nachrichtlich erfaßt. Die Auswertung des Wintersemesters 1987/88 erfolgt ohne Berücksichtigung der Nebenhörer. Soweit möglich, wurden für das Wintersemester 1977/78 Studentenzahlen ohne Nebenhörer herangezogen, in einigen Fällen liegen jedoch nur Zahlen einschließlich Nebenhörer vor. Im Wintersemester 1987/88 waren 45, im Wintersemester 1977/78 86 Nebenhörer an Schleswig-Holsteins Hochschulen eingeschrieben.

Die Gesamtzahl der Studenten hat sich in den letzten zehn Jahren von 20 000 um zwei Drittel auf über 33 000 erhöht. Die Entwicklung ist an den einzelnen Hochschulen unterschiedlich verlaufen: An der Univer-

sität Kiel ist die Zahl um 40 % gestiegen, also weit unterdurchschnittlich. An der Medizinischen Universität Lübeck, die im Wintersemester 1977/78 noch Medizinische Hochschule hieß, war die relative Zunahme deutlich höher (231 %). Die höchste Zuwachsrate hatte jedoch die Fachhochschule Flensburg mit 468 %. Auch bei den übrigen Fachhochschulen hat sich die Studentenzahl mehr als verdoppelt. An den pädagogischen Hochschulen gingen die Studentenzahlen dagegen zurück, in Flensburg um 28 % und in Kiel um 40 %.

Studenten nach Hochschule und Geschlecht

Hochschule	Wintersemester			
	1977/78		1987/88	
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
Universität Kiel	12 397	4 373	17 407	7 505
Medizinische Universität Lübeck	362	124	1 197	579
Nordische Universität Flensburg	-	-	51	13
Pädagogische Hochschule Flensburg	850	465	615	406
Pädagogische Hochschule Kiel	2 373	1 555	1 420	1 020
Musikhochschule Lübeck	235	130	342	188
Fachhochschule Flensburg	239	4	1 358	186
Fachhochschule Kiel	2 307	689	4 753	1 344
Fachhochschule Lübeck	1 062	82	2 217	269
Fachhochschule Wedel	366	103	1 049	211
Fernfachhochschule Rendsburg	-	-	1 952	301
Verwaltungsfachhochschule Altenholz	-	-	1 001	513
Hochschulen insgesamt	20 191	7 525	33 362	12 535

Die auffallend hohen Zuwachsraten an der Medizinischen Universität Lübeck und an der Fachhochschule Flensburg sind auf den Ausbau dieser Hochschulen und die Erweiterung des Studienangebots zurückzuführen, der Rückgang an den pädagogischen Hochschulen auf das arbeitsmarktbedingt sinkende Interesse an einem Lehramtsstudium.

Die Zahl der weiblichen Studenten ist von 7 525 im Wintersemester 1977/78 auf 12 535 im Wintersemester 1987/88 gestiegen. Damit war der Anstieg etwas größer als bei den Männern, und der Frauenanteil erhöhte sich von 37 % auf 38 %, ohne Berücksichtigung der Fernfachhochschule und der Verwaltungsfachhochschule betrug er im Wintersemester 1987/88 sogar 39 %. Am stärksten ist der Frauenanteil an der Fachhochschule Flensburg gestiegen, und zwar von 2 % auf 14 %.

Die pädagogischen Hochschulen hatten sowohl 1977/78 als auch 1987/88 die höchsten Frauenanteile; in Flensburg ist er um elf Prozentpunkte auf 66 % gestiegen, in Kiel um sechs Prozentpunkte auf 72 %. An der Musikhochschule hat sich der mit 55 % sehr hohe Frauenanteil nicht verändert. An den Fachhochschulen Kiel und Wedel war der Frauenanteil sogar rückläufig.

Die Zahl der Studenten, die sich an der Universität Kiel, den pädagogischen Hochschulen oder der Musikhochschule Lübeck auf eine Lehramtsprüfung vorbereiteten, ist um fast die Hälfte (47 %) auf 3 157 zurückgegangen, und zwar bei dem Lehramt an Grund- und Hauptschulen um 36 % auf 669, bei dem Lehramt an Realschulen um 69 % auf 545, bei dem Lehramt an Gymnasien um 39 % auf 1 531 und bei dem Lehramt an Sonderschulen um 54 % auf 289. Im Wintersemester 1987/88 bereiteten sich 123 Studierende auf die Prüfung zum Diplom-Handelslehrer vor.

Studenten nach Fächergruppe bzw. angestrebter Lehramtsprüfung

Fächergruppe bzw. angestrebte Lehramtsprüfung	Wintersemester		Veränderung in %
	1977/78 ^a	1987/88	
Theologie	210	415	+ 98
Medizin	2 233	3 727	+ 67
Rechtswissenschaften	1 762	2 134	+ 21
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (ohne Fernfachhochschule und Verwaltungsfachhochschule)	1 800	3 875	+115
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Fernfachhochschule und Verwaltungsfachhochschule	-	2 953	X
Philosophie/Geisteswissenschaften	1 329	3 346	+152
Mathematik/Naturwissenschaften	2 422	4 256	+ 76
Agrarwissenschaften	1 396	2 004	+ 44
Ingenieurwissenschaften	2 583	6 877	+166
Kunst/Kunstwissenschaften	515	618	+ 20
Lehramt an Grund- und Hauptschulen	1 045	669	- 36
Lehramt an Realschulen	1 812	545	- 70
Lehramt an Gymnasien	2 517	1 531	- 39
Lehramt an Sonderschulen	625	289	- 54
Diplom-Handelslehrer	-	123	X
Sonstige Lehrämter	28	-	X
Studenten insgesamt	20 277	33 362	+ 65

a) einschließlich Nebenhörer

Der Anteil der Lehramtsstudenten — bezogen auf die Gesamtzahl der Studenten der Hochschule — ist an der Universität Kiel von 24 % auf 10 % und an den pädagogischen Hochschulen von 93 % auf 69 % zurückgegangen. Im Wintersemester 1987/88 bereiteten sich

ein Fünftel der PH-Studenten auf eine Prüfung als Diplom-Pädagoge und 7 % auf eine Magisterprüfung vor. An der Musikhochschule ist der Anteil der Lehramtsstudenten dagegen von 23 % auf 25 % gestiegen.

Die Verteilung derjenigen Studenten, die kein Lehramt anstreben, nach den Fächergruppen hat sich relativ geringfügig geändert. Ohne die Studenten der Verwaltungsfachhochschule und der Fernfachhochschule waren sowohl im Wintersemester 1987/88 als auch 1977/78 die meisten Studenten in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften eingeschrieben, ihr Anteil ist von 18 % auf 25 % gestiegen. An zweiter Stelle folgten in beiden Semestern die Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften, deren Anteil von 17 % auf 16 % zurückgegangen ist. Außer den Ingenieurwissenschaften konnten noch die Fächergruppen Theologie, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Philosophie/Geisteswissenschaften ihre Studentenanteile ausbauen, bei den übrigen Fächergruppen gingen die Anteile dagegen zurück.

Studienanfänger

Die Zahl der Studienanfänger (Studenten im ersten Hochschulse semester) ist von 2 835 um 64 % auf 4 655 gestiegen, also fast genauso stark wie die aller Studenten. Auch die Studienanfängerzahl entwickelte sich an den einzelnen Hochschulen unterschiedlich. An der Universität Kiel stieg sie nur um 31 % auf 2 184. An der Medizinischen Hochschule Lübeck waren im Wintersemester 1977/78 nur zwei Studienanfänger gezählt worden, im Wintersemester 1987/88 waren es an der Medizinischen Universität dagegen 171. Die Nordische Universität Flensburg zählte im Wintersemester 1987/88 20 Studienanfänger. Insgesamt stieg die Studienanfängerzahl an den Universitäten um 42 %. An den pädagogischen Hochschulen ging sie dagegen um 34 % zurück, und zwar um 22 % auf 104 in Flensburg und um 38 % auf 256 in Kiel. An der Musikhochschule stieg sie um 15 % auf 47.

Besonders starke Zuwächse erlebten die Fachhochschulen. An der Fachhochschule Flensburg stieg die Zahl der Studienanfänger von 45 auf 357, in Kiel von 307 auf 540, in Lübeck von 162 auf 344 und in Wedel von 56 auf 174. An diesen vier Fachhochschulen waren im Wintersemester 1987/88 beinahe dreimal soviel Studienanfänger eingeschrieben wie vor zehn Jahren. Außerdem waren im Wintersemester 1987/88 an der Fernfachhochschule Rendsburg 177 und an der Verwaltungsfachhochschule Altenholz 281 Studienanfänger eingeschrieben.

Über die deutschen Studienanfänger liegen Auswertungen nach dem Geburtsjahr vor. Die folgenden Altersangaben beziehen sich nicht auf das Alter bei Studienbeginn, sondern auf das Alter am 31. 12. 1977 bzw. 1987. Die Altersstruktur hat sich deutlich zugunsten der älteren und zu Lasten der jüngeren Jahrgänge verschoben. Der Anteil der 20jährigen und jüngeren ist von 57 % auf 36 % gesunken, der der 24jährigen und älteren Studienanfänger von 13 % auf 16 % gestiegen. Das Durchschnittsalter stieg von 21 auf 22 Jahre.

Deutsche Studienanfänger nach dem Alter

Alter in Jahren	Wintersemester			
	1977/78		1987/88 ^a	
	Anzahl	%	Anzahl	%
18 und jünger	157	6	8	0
19	758	29	556	14
20	605	23	857	22
21	413	16	752	19
22	239	9	635	16
23	138	5	477	12
24	91	3	279	7
25	71	3	157	4
26	34	1	62	2
27	32	1	43	1
28 und älter	106	4	102	3
Insgesamt	2 644	100	3 928	100

a) ohne Studenten der Fernfachhochschule und der Verwaltungsfachhochschule

Die Verwaltungsfachhochschule und die Fernfachhochschule sind hierbei nicht berücksichtigt. Die Besonderheiten dieser Hochschulen zeigen sich auch in der Altersstruktur der Studienanfänger: An der Verwaltungsfachhochschule waren 1987 immerhin 57 % 20 Jahre oder jünger, aber auch 19 % 24 Jahre oder älter, der Anteil der 21- bis 23jährigen war dagegen geringer als bei den anderen Hochschulen. Der überdurchschnittlich hohe Anteil junger Studienanfänger dürfte darauf zurückzuführen sein, daß viele Abiturienten sich sofort für die Beamtenlaufbahn entscheiden, bei den älteren könnte es sich unter anderem um ehemalige Zeitsoldaten handeln. An der Fernfachhochschule waren dagegen 74 % der Studienanfänger 24 Jahre oder älter, denn bei ihren Studenten handelt es sich ausschließlich um Berufstätige.

Auch an den übrigen Hochschulen gab es unterschiedliche Altersstrukturen, die sich außerdem noch verschoben haben. Der Anteil der 20jährigen und jüngeren Studienanfänger hatte im Wintersemester 1977/78 an den Universitäten fast zwei Drittel, an den pädagogi-

schen Hochschulen immerhin 61 %, an der Musikhochschule sogar 79 %, an den Fachhochschulen dagegen nur 30 % betragen; 1987/88 waren es an den Universitäten nur noch 46 %, an den pädagogischen Hochschulen 56 %, an der Musikhochschule 57 % und an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungs- und Fernfachhochschule) sogar nur 14 %. Der Anteil der 24jährigen und älteren Studienanfänger hatte dagegen im Wintersemester 1977/78 an den Universitäten 8 %, an den pädagogischen Hochschulen 14 % und an den Fachhochschulen 26 % betragen; an der Musikhochschule war nur ein Studienanfänger älter als 23 Jahre. Im Wintersemester 1987/88 betrugen die Anteile dieser älteren Studienanfänger an den Universitäten 10 %, an den pädagogischen Hochschulen 7 %, an der Musikhochschule 12 % und an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungs- und Fernfachhochschule) 30 %, sie sind also überall gestiegen.

Neben dem höheren Alter bei Studienbeginn ist auch zu beobachten, daß immer mehr Studienberechtigte ihr Studium erst mehrere Jahre nach dem Erwerb der Hochschulreife beginnen. Im Wintersemester 1977/78 hatten 58 % der deutschen Studienanfänger ihre Hochschulreife auch im Jahr 1977 erworben, 25 % nur ein Jahr zuvor. Im Wintersemester 1987/88 betrugen die entsprechenden Quoten nur noch 46 % bzw. 22 %. Dagegen stieg der Anteil der Studienanfänger, die ihre Hochschulreife vor drei oder mehr Jahren erworben hatten, von 6 % auf 17 % (ohne Studienanfänger der Verwaltungs- und Fernfachhochschule).

Die zeitliche Verzögerung zwischen Erwerb der Hochschulreife und Studienbeginn dürfte u. a. auf numerusclausus bedingte Wartezeiten, Ableistung des Wehrdienstes oder einer Berufsausbildung vor dem Studium zurückzuführen sein. Aus der sogenannten Abiturientenbefragung geht hervor, daß die Absicht der Schulabgänger, ein Studium erst im Anschluß an eine anderweitige Ausbildung zu beginnen, in den letzten Jahren zugenommen hat (siehe Heft 6/1987 dieser Zeitschrift).

Soziale Herkunft

In der Studentenstatistik werden auch die Merkmale allgemeiner und beruflicher Schulabschluß sowie berufliche Stellung der Eltern erhoben. Die Erfassung dieser Merkmale ist umstritten. Weil sie voraussichtlich nach der geplanten Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes entfallen wird, soll an dieser Stelle auch über diese Merkmale berichtet werden. Zum Vergleich mit

dem Wintersemester 1977/78 wurde der Aufsatz „Die soziale Herkunft der Studenten“ aus dem Jahr 1978, Heft 11/12 dieser Zeitschrift, herangezogen.

Von der Fachhochschule Lübeck liegen für das Wintersemester 1987/88 keine Angaben über die Eltern der Studenten vor. Bei allen Auswertungen wurden nur deutsche Studenten berücksichtigt, die Verwaltungsfachhochschule und die Fernfachhochschule bleiben bei dem Vergleich des Wintersemesters 1987/88 mit dem Wintersemester 1977/78 unberücksichtigt.

Der Anteil der Väter bzw. Mütter mit Volksschulabschluß ist von 40 % bzw. 49 % auf 35 % bzw. 42 % zurückgegangen, der Anteil der Eltern mit Realschulabschluß dagegen fast entsprechend auf 29 % bzw. 40 % gestiegen. Die Anteile der Eltern mit Abitur sind um jeweils einen Prozentpunkt auf 35 % bzw. 18 % gestiegen. Der Anteil der Mütter mit Abitur ist nach wie vor etwa halb so groß wie der der Väter.

Allgemeiner Schulabschluß ...	Anteile der deutschen Studenten in %	
	Wintersemester	
	1977/78	1987/88
... des Vaters:		
Volksschulabschluß	40	35
Realschulabschluß	26	29
Abitur oder sonstige Hochschulreife	34	35
... der Mutter:		
Volksschulabschluß	49	42
Realschulabschluß	34	40
Abitur oder sonstige Hochschulreife	17	18

Auch bei dem beruflichen Schulabschluß der Eltern hat es Veränderungen gegeben: 1977/78 hatten noch 8 % der Väter und 35 % der Mütter keinen Lehrabschluß gehabt, 1987/88 betrugen diese Anteile nur noch 5 % bzw. 21 %. Der Anteil der Väter mit Lehrabschluß ist zugunsten qualifizierterer Abschlüsse von 43 % auf 40 % zurückgegangen, bei den Müttern ist dieser Anteil von 49 % auf 58 % gestiegen. Geringfügig gestiegen — von 18 % auf 19 % — ist der Anteil der Väter mit Meister- bzw. Technikerprüfung, bei den Müttern betrug dieser Anteil unverändert 7 %.

Der Anteil der Väter mit Fachhochschulabschluß bzw. Graduierung an Ingenieur- und höheren Fachschulen stieg von 9 % auf 12 %, bei den Müttern von 1 % auf

2 %. Der Anteil der Väter mit Hochschulabschluß blieb mit 23 % unverändert, bei den Müttern stieg er von 8 % auf 11 %.

Höchster beruflicher Schulabschluß ...	Anteile der deutschen Studenten in %	
	Wintersemester	
	1977/78	1987/88
... des Vaters		
ohne Lehrabschluß	8	5
mit Lehrabschluß	43	40
mit Meister-/Technikerprüfung	18	19
mit Fachhochschulabschluß bzw. Graduierung an Ingenieur- und höheren Fachschulen	9	12
mit Hochschulabschluß	23	23
... der Mutter		
ohne Lehrabschluß	35	21
mit Lehrabschluß	49	58
mit Meister-/Technikerprüfung	7	7
mit Fachhochschulabschluß bzw. Graduierung an Ingenieur- und höheren Fachschulen	1	2
mit Hochschulabschluß	8	11

Ein Vergleich der Daten aus der Studentenstatistik mit den Ergebnissen des Mikrozensus 1985 zeigt, daß Akademikerkinder an den Hochschulen überrepräsentiert sind: Von allen 40- bis 60jährigen — dies dürfte wohl die Altersklasse der allermeisten Studenteneltern sein — hatten nämlich nur 6 % der Männer und 3 % der Frauen einen Hochschulabschluß und nur 6 % der Männer und 2 % der Frauen einen Fachhochschulabschluß.

Bei der beruflichen Stellung des Vaters ergaben sich 1987 gegenüber 1977 nur geringfügige Veränderungen: Der Anteil der Studenten, deren Väter Angestellte waren, stieg von 32 % auf 37 %. Der Anteil der Studenten, die einen Arbeiter zum Vater hatten, betrug unverändert 11 %, der Anteil der Studenten mit einem Beamten als Vater stieg von 27 % auf 28 %. Bei den Studenten mit selbständigen Vätern war dagegen ein Rückgang von 26 % auf 24 % zu verzeichnen.

Berufliche Stellung des Vaters	Anteile der deutschen Studenten in %	
	1977/78	1987/88
Angestellter	32	37
Arbeiter	11	11
Beamter	27	28
Selbständiger	26	24
Sonstige Stellung	4	1

An den einzelnen Hochschulen zeigten sich 1987 deutliche Unterschiede in der Sozialstruktur der Studentenschaft. An der Musikhochschule und der Medizinischen Universität Lübeck waren die Anteile der Studenten, deren Eltern Abitur und Hochschulabschluß hatten, am höchsten, am niedrigsten waren diese Anteile bei den Fachhochschulen. Diese wiesen dagegen hohe Anteile von Studenten auf, deren Väter Arbeiter waren. An der Musikhochschule, den pädagogischen Hochschulen und der Verwaltungsfachhochschule waren dagegen die Töchter und Söhne von Beamten überdurchschnittlich stark vertreten. Hohe Anteile von Studenten mit selbständigen Vätern wiesen die Medizinische Universität Lübeck und die Nordische Universität Flensburg auf, am geringsten waren diese Anteile an der Verwaltungsfachhochschule und an der Musikhochschule.

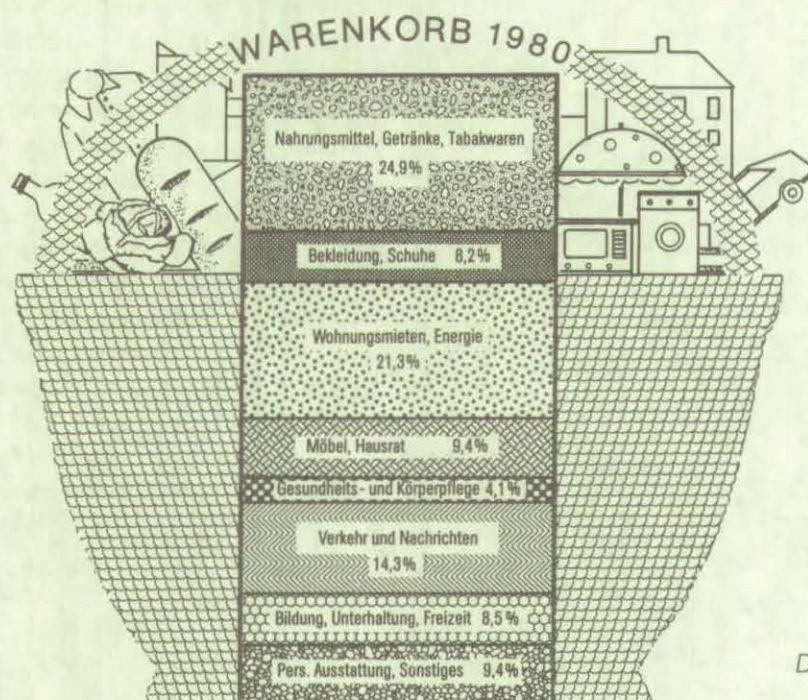
**Deutsche Studenten im Wintersemester 1987/88
nach der beruflichen Stellung des Vaters**

Hochschule ¹	Anteile der deutschen Studenten, deren Vater ... war, in %			
	Ange- stell- ter	Arbei- ter	Beam- ter	Selb- stän- diger
Universität Kiel	36	9	30	24
Medizinische Universität Lübeck	37	6	26	28
Nordische Universität Flensburg	34	4	26	28
Pädagogische Hochschule Flensburg	35	8	36	21
Pädagogische Hochschule Kiel	36	9	33	19
Musikhochschule Lübeck	36	5	42	16
Fachhochschule Flensburg	36	21	21	22
Fachhochschule Kiel	37	16	21	23
Fachhochschule Wedel	47	12	17	21
Fernfachhochschule Rendsburg	40	20	14	23
Verwaltungsfachhochschule Altenholz	30	16	33	12
Hochschulen zusammen	37	11	27	23

1) ohne Fachhochschule Lübeck

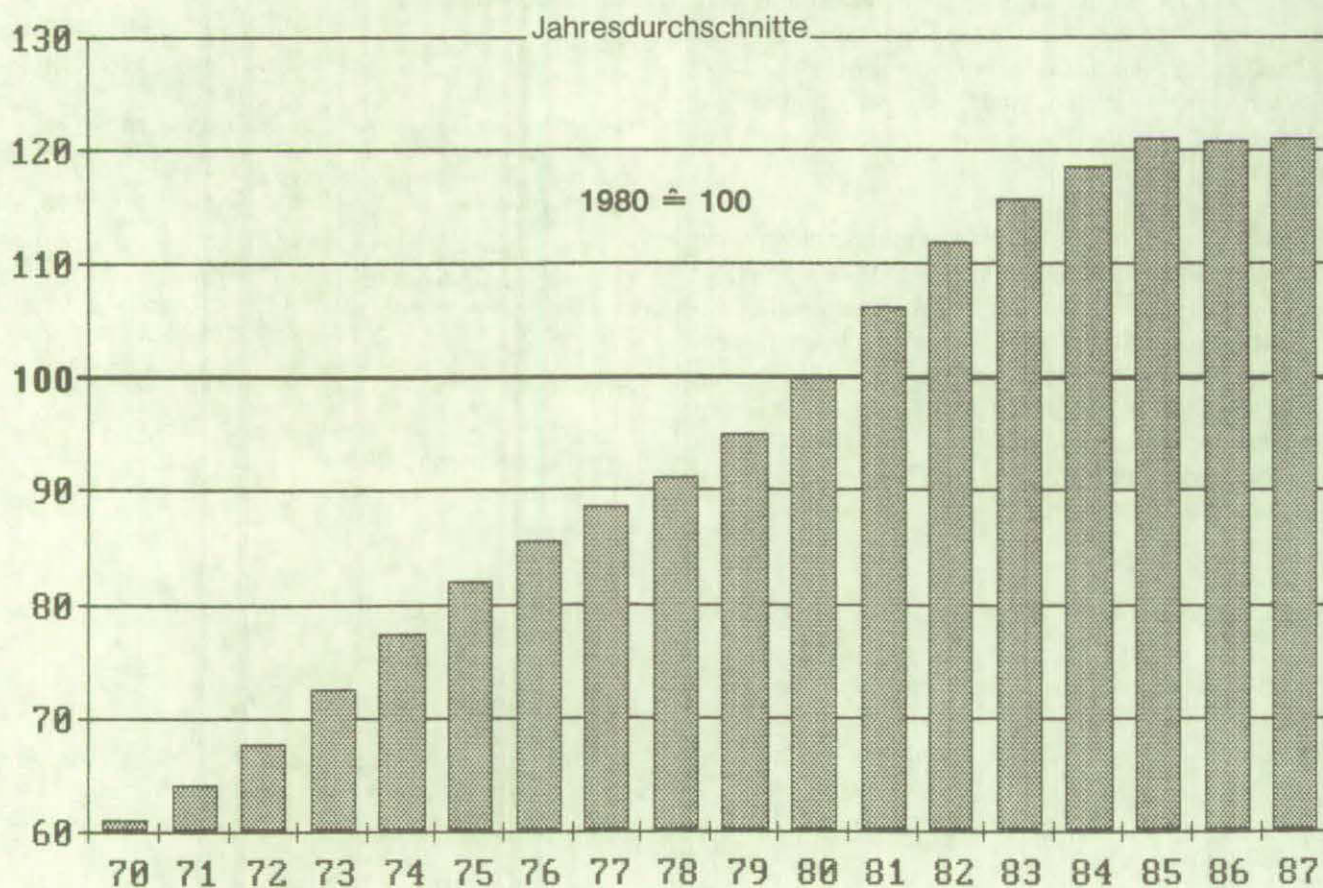
Ingo Petersen

Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet



D 5685 Stat. LA S-H

Indexverlauf 1970 bis 1987



Aus unserem Archiv

Höhere Schulen

Wie bereits bei den mittleren Schulen ausgeführt, sind auch die Schülerzahlen bei den höheren Schulen in früheren Zeiten wegen struktureller und organisatorischer Unterschiede nicht streng mit den heutigen Zahlen vergleichbar. Bis zum 2. Weltkrieg zählte zu den höheren Schulen eine bedeutsame Anzahl von Anstalten, die nicht zum Abitur führten (Realschulen, Progymnasien u. dgl.). In Tabelle c wurde versucht, die oft sehr komplizierte Struktur in einigen Jahren aufzuzeigen.

Jahrhundertlang waren die Gymnasien die einzigen höheren und gelehrten Schulen. Die Kieler Gelehrtenschule führt ihre Gründung auf das Jahr 1320 zurück, die Domschule in Schleswig in das 11. Jahrhundert. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts entstanden in Deutschland die ersten Realschulen und später die "höheren Bürgerschulen" als lateinlose Anstalten niedriger Ordnung. In den revidierten preußischen Lehrplänen von 1882 werden zum ersten Mal die Bezeichnungen "Realgymnasium" (für die Realschule I. Ordnung), "Realprogymnasium" (für die höheren Bürgerschulen) und Realschule (für die Realschule II. Ordnung) genannt. Die Vollarbeiten haben 9 lehrplanmäßig aufsteigende Klassen und sind bis 1920 organisch mit 3 Vorschulklassen verbunden (siehe Tab. 1). Neue Schulform wird die Oberrealschule, eine 9stufige lateinlose Realschule. Alle diese Schulen standen vorerst nur Knaben offen.

Erst die preußische Schulreform vom Jahre 1908 (Erlaß über die Neuordnung des Mädchenschulwesens) erkennt das gleiche Recht auf Bildung auch den Mädchen zu (siehe Tab. 2). Regelschule wird das Lyzeum, etwa der Realschule verwandt. Es war 7klassig (ohne Vorschulklassen) und konnte sich nach der 4. Klasse in eine Studienanstalt gymnasialer, realgymnasialer oder Oberrealschulrichtung teilen. Das Oberlyzeum baute sich auf dem Lyzeum auf und war zunächst höheres Lehrerinnen-

seminar oder Frauenschule. Es wurde aber bald dieses Fachschulcharakters entkleidet und zur allgemeinbildenden Schule. Bis 1913 hatten nur die Inhaberinnen des Lehramtszeugnisses das Recht, sich an einer philosophischen Fakultät immatrikulieren zu lassen. Das Reifezeugnis des Oberlyzeums mußte durch eine Ergänzungsprüfung erweitert werden, wenn es den Wert des Reifezeugnisses einer Vollarbeit erlangen sollte. Erst 1923 wurde das Oberlyzeum in eine Anstalt mit Vollabitur nach dem Typ des neuerrichteten Gymnasiums umgestaltet. Unterbau war das 6stufige Lyzeum (VI bis U II) mit Obersekundareife, z. T. mit einer weiteren wissenschaftlichen Abschlußklasse oder Frauenschule.

Bis 1937 hatte sich eine Vielzahl von Schulsystemen herausgebildet, deren Unterschied meist in der verschiedenen Betonung der sprachlichen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer und in der verschiedenen Sprachenfolge bestand. Ostern 1937 wurde das unübersichtliche Schulsystem stark vereinfacht, und zwar zunächst bei den Jungenschulen. Hauptform wird die 8klassige Oberschule für Jungen mit sprachlichem oder naturwissenschaftlich-mathematischem Zweig auf der Oberstufe. Als Nebenform bleiben einige Gymnasien bestehen (in Schlesw.-Holst. 3). Bei den Mädchenschulen fallen ab 1940 die 9. Klassen fort. Anstelle des Oberlyzeums tritt die 8klassige Oberschule für Mädchen, wobei sich die Oberstufe in einen sprachlichen und einen hauswirtschaftlichen Zweig gliedern konnte. Hinzu tritt die Aufbauform mit 6 aufsteigenden Klassen, die auf 6 Volksschuljahren aufbaut und in ländlichen Gebieten Verbreitung fand. Neben den Vollarbeiten waren auch noch Schulen zugelassen, die nur die untersten 5 oder 6 Klassen führten (Zubringerschulen).

Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Oberprima als 9. Klasse wieder eingeführt. Seit 1963 heißen die öffentlichen höheren Schulen Gymnasien.

a) Schulen, Schüler, Lehrer

Stand (S = Sommersemester) (W = Wintersemester) Schulart	Schulen 1)	Klassen	Schüler (ohne Vorschulen)		Lehrkräfte (ohne Vorschulen)				Vorschulen		Abgänge mit dem Zeugnis der Reife 2)	
					hauptamtlich		nebenamtlich, nebenberuflich oder teil- beschäftigt					
			ins- gesamt	Mäd- chen	ins- gesamt	weib- lich	ins- gesamt	weib- lich	Schüler	Lehrer		
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920												
S 1878	Knabenschulen	(26)	.	4 013	-	255	-	.	.	1 108	32	90
S 1879	Knabenschulen	(26)	.	4 042	-	253	-	.	.	1 015	32	101
S 1885	Knabenschulen	(29)	.	4 548	-	287	-	13	-	993	31	114
S 1891	Knabenschulen	(29)	.	4 338	-	275	-	15	-	1 040	31	112
S 1894	Knabenschulen	(36)	.	4 839	-	300	-	14	-	1 105	33	124
W 1896	Knabenschulen	(37)	.	5 018	-	321	-	19	-	1 248	40	.
W 1898	Knabenschulen	(32)	.	5 507	-	326	-	23	-	1 397	42	.
W 1900	Knabenschulen	(33)	.	5 824	-	334	-	22	-	1 528	40	.
W 1902	Knabenschulen	(31)	.	6 363	-	348	-	18	-	1 704	46	.
S 1903	Knabenschulen	(32)	.	7 160	-	355	-	17	-	1 866	47	167
S 1904	Knabenschulen	(35)	.	7 773	-	366	-	25	-	2 184	56	186
S 1905	Knabenschulen	(37)	.	8 270	-	389	-	25	-	2 272	60	186
S 1906	Knabenschulen	(38)	.	8 906	-	418	-	29	-	2 362	62	210
1. 2.1908	Knabenschulen	(39)	.	9 032	.	418	.	26	.	2 410	66	231
1. 2.1909	Knabenschulen	(39)	.	9 319	.	437	.	16	.	2 588	70	251
1. 2.1910	Knabenschulen	(40)	.	9 689	.	458	.	14	.	2 668	71	279
1. 2.1911	Knabenschulen	(40)	.	9 897	.	484	.	14	.	2 730	72	315
1. 2.1912	Knabenschulen	(40)	.	10 007	.	513	.	11	.	2 703	74	367
öffentliche	Mädchenschulen*	(10)	.	4 200*	4 090*	193*	123*	25*	.	.	.	} (79)
private	Mädchenschulen*	(3)	.	660*	641*	36*	35*	22*	.	.	.	
1. 2.1913	Knabenschulen	(40)	.	10 081	.	524	.	10	.	2 712	74	402
öffentliche	Mädchenschulen*	(10)	.	3 978*	3 961*	206*	128*	14*	.	.	.	} (86)
private	Mädchenschulen*	(4)	.	1 114*	1 003*	55*	53*	28*	.	.	.	
1. 2.1914	Knabenschulen	(40)	.	10 101	.	535	.	10	.	2 708	75	.
öffentliche	Mädchenschulen*	(10)	.	4 082*	4 060*	228*	144*	5*
private	Mädchenschulen*	(4)	.	1 072*	961*	57*	55*	7*
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936												
25.11.1921	Knabenschulen	30	403	10 770	144	620	-	19	-	1 399	25	362
öffentliche	Mädchenschulen	13	199	5 117	5 117	304	196	15	4	1 122 ^a	.	79
private	Mädchenschulen	3	34	415	415	50	49	8	2	438 ^b	.	11
1. 5.1923	Knabenschulen	29	382	11 145	231	626
öffentliche	Mädchenschulen	14	187	5 889	5 789	315	202	4	-	.	.	.
private	Mädchenschulen	2	14	267	267	33	33	3	-	414 ^c	.	.

Fortsetzung nächste Seite

*) einschl. (an) Vorschulen

1) bis 1914 sind Doppelanstalten nach Schularten getrennt gezählt

2) Die Zahlen beziehen sich auf die im gesamten in der Vorsepalte genannten Kalenderjahr bestandenen Reifeprüfungen (Ostern und Michaelis). Ausnahme: 1885 bis 1914 und 1936. Hier ist immer Ostern des Berichtsjahrs mit Michaelis des Vorjahres zusammengefaßt (z. B. 1911 = Michaelis 1910 und Ostern 1911). Die Reifeprüfungen von Externen sind nicht mitenthalten

a) darunter 51 Knaben

b) darunter 136 Knaben

c) darunter 140 Knaben

Höhere Schulen

Schluß: a) Schulen, Schüler, Lehrer

Stand Schulart	Schulen	Klassen	Schüler		Lehrkräfte				Abgänge mit dem Zeugnis der Reife 2)	
					hauptamtlich		nebenamtlich, nebenberuflich oder teilbeschäftigt			
			ins- gesamt	Mädchen	ins- gesamt	weiblich	ins- gesamt	weiblich		
noch: Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936										
25.11.1926 Knabenschulen	35 ^d	459	12 506	650	669	15	27	6	385	
Mädchenschulen	14 ^e	196	5 849	5 781	302	203	7	2	52	
15. 5.1931 Knabenschulen	35 ^f	.	11 864	912	659	24	.	.	663	
Mädchenschulen	16 ^f	.	5 603	5 530	305	204	.	.	153	
1. 5.1934	.	592	15 337	5 592	
15. 5.1936	51	601	15 895	5 704	970	227	28	12	584	
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937										
15. 5.1936	47	562	14 248	5 019	905	193	28	12	569	
außerdem Nichtberechtigte Schulen ³⁾	2	9	140	41	7	2	5	2	-	
25. 5.1937	47	563	14 462	5 089	950	210	31	16	882 ^g	
außerdem Nichtberechtigte Schulen ³⁾	5	18 ^h	234	51	20	5	-	-	-	
25. 5.1938 Knabenschulen	33	409	10 024	961	701	35	22	10	650	
Mädchenschulen	13	174	4 106	3 981	290	188	14	7	122	
zusammen	46	583	14 130	4 942	991	223	36	17	772	
außerdem Nichtberechtigte Schulen ³⁾	6	18	271	70	26	10	3	2	-	
25. 5.1939	48	598	14 018	4 944	997	218	47	23	986	
außerdem Nichtberechtigte Schulen ³⁾	2	6	117	18	10	1	3	1	-	
25. 5.1940	46	545	13 963	4 930	1 090 ⁱ	263	15	9	1 217 ^g	
außerdem Nichtberechtigte Schulen ³⁾	2	5	121	19	10	2	2	1	-	
15.10.1941	48	537	14 070	5 070	1 057 ^k	265	18	5	1 063	
außerdem Nichtberechtigte Schulen ³⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
15. 5.1950 ⁴⁾ 5)	52	836	23 549	9 725	1 255	311	118	34	1 145	
15. 5.1952 ⁴⁾ 6)	53	1 221	39 366	16 785	1 851	481	157	33	1 008	
1. 5.1955 ⁴⁾	57	1 352	40 620	17 125	1 962	553	227	56	1 569	
2. 5.1960 ⁴⁾	65	1 362	35 269	14 394	2 006	540	284	60	2 538	
2. 5.1965 ⁴⁾	71	1 415	35 557	14 989	2 105	548	342	83	2 169	

- 2) Die Zahlen beziehen sich auf die im gesamten in der Vorspalte genannten Kalenderjahr bestandenen Reifeprüfungen (Ostern und Michaelis). Ausnahme: 1885 bis 1914 und 1936. Hier ist immer Ostern des Berichtsjahres mit Michaelis des Vorjahres zusammengefaßt (z. B. 1911 = Michaelis 1910 und Ostern 1911). Die Reifeprüfungen von Externen sind nicht mitenthalten
- 3) Privatschulen, die nach dem Lehrplan der höheren Schulen arbeiteten, aber nicht berechtigt waren, Reifezeugnisse oder Zeugnisse der Reife für O II zu erteilen. Im Zuge der Neuordnung des höheren Schulwesens 1937 wurden in Preußen die sog. Vorbereitungsanstalten (1938 auch die Rektorschulen) organisatorisch aus dem Mittelschulwesen herausgenommen und dem höheren Schulwesen zugeordnet (siehe die Ausführungen in Tabelle 2)
- 4) ohne Wirtschaftsoberschulen; einschl. Schulen mit neuorganisiertem Schulaufbau (Freie Waldorfschule, Volksoberschule Preetz, private Internatsschule) mit ihrem Oberschulzweig und ab 1965 Abendgymnasien
- 5) ohne Freie Waldorfschule - Oberschulzweig
- 6) beachte die Ausführungen in Tabelle 2 über die Auswirkungen der Wiedereinführung der 4jährigen Grundschulpflicht
- d) darunter 1 private Anstalt mit 99 Schülern, ferner 17 Vorschülern und 17 hauptamtlichen Lehrkräften
- e) darunter 1 private Anstalt mit 360 Schülern
- f) darunter 6 Lyzeen, 6 Oberlyzeen, 2 oberreale Oberlyzeen, 2 Deutsche Oberschulen; außerdem 5 angeschlossene Anstalten
- g) Die Steigerung der Zahl der Abiturienten in diesen Jahren beruht darauf, daß Ostern 1937 bei den Knabenschulen und Ostern 1940 bei den Mädchenschulen der Übergang vom 9stufigen zum 8stufigen Schulsystem vollzogen wurde und daher die Schüler aus 2 Klassen (O I und U I) die Reifeprüfung ablegten
- h) ferner 1 Klasse mit 15 Vorschülern
- i) darunter 68 Aushilfslehrer
- k) darunter 78 Aushilfslehrer

QUELLEN: 1878 und 1879: Centralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1879 (Nr. 2 und 3), 1880 (Nr. 11 und 12)
 1885, 1891, 1894, 1903 bis 1913: Statistische Mittheilungen über das höhere Unterrichtswesen im Königreich Preußen
 - Beilage zum Centralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen - 3. Heft 1886, 9. Heft 1892, 12. Heft 1895, 21. bis 30. Heft 1904/13
 1896 bis 1902: Königl. Preuß. Statist. Landesamt, Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat 1912
 1912 bis 1914: Königl. Preuß. Statist. Landesamt, Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat 1912, 1913, 1914
 1921 und 1926: Preuß. Statist. Landesamt, Preussische Statistik, Heft 272, 295
 1923: Staatliche Auskunftsstelle für Schulwesen, Jahresberichte der höheren Lehranstalten in Preußen, Schuljahr 1922/23 (Leipzig 1925)
 1931: Statist. Reichsamt, Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 487
 1934: Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltungen der Länder, Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1. Jg./1935 (Berlin)
 1936 bis 1941: Reichsstelle für Schulwesen, Wegweiser durch das höhere Schulwesen des Deutschen Reichs, Schuljahre 1936 bis 1941 (Berlin)
 1950 bis 1965: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein
 ferner: Boelitz, Otto, Preussisches Bildungswesen (Leipzig 1925)

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

40. Jahrgang . Heft 7 . Juli 1988

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988				
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 613	... ^a	2 612	2 612	2 612 ^b	... ^a	... ^a	
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
*Eheschließungen	Anzahl	1 303	1 372	941	1 310	1 494 ^c	713	1 155	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,0	... ^a	4,2	6,1	8,7	... ^a	... ^a	
*Lebendgeborene	Anzahl	2 058	2 163	2 208	2 114	1 797 ^c	2 215	2 470	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,5	... ^a	9,9	9,8	10,5	... ^a	... ^a	
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 582	2 574	2 815	2 584	2 043 ^c	2 509	2 610	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,9	... ^a	12,7	12,0	11,9	... ^a	... ^a	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	16	16	11	22	14 ^c	13	15	
* je 1 000 Lebendgeborene		7,8	7,4	5,0	10,4	7,8	5,9	6,1	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 524	- 411	- 607	- 470	- 246 ^c	- 294	- 140	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,4	... ^a	- 2,7	- 2,2	- 1,4	... ^a	... ^a	
WANDERUNGEN											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 195	...	6 863	5 040	6 110 ^c	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 795	...	6 721	4 582	6 349 ^c	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 400	...	+ 142	+ 458	- 239 ^c	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 548	...	12 770	8 576	11 639 ^c	
Wanderungsfälle	Anzahl	19 538	...	26 354	18 198	24 098 ^c	
ARBEITSLAGE											
*Arbeitslose (Monatsende)	1 000	114	111	125	110	102	125	118	109	103	
darunter *Männer	1 000	65	64	76	65	59	74	70	63	58	
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	10,6	10,1	18,9	12,5	7,1	17,1	16,2	12,3	7,8	
darunter Männer	1 000	9,4	8,8	17,4	11,4	6,2	15,7	15,1	11,4	7,0	
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	4,3	5,4	6,2	6,1	6,4	5,9	6,7	6,6	6,9	
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 540 ^d	1 497 ^d	
darunter *Milchkühe				
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	514 ^d	480 ^d	
*Schweine	1 000	1 718 ^d	1 632 ^d	.	1 720	.	.	.	1 647	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	191 ^d	169 ^d	.	185	.	.	.	167	.	
darunter *trächtig	1 000	129 ^d	116 ^d	.	122	.	.	.	111	.	
SCHLACHTUNGEN ²⁾											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	48	47	49	37	38	35	40	36	39	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	227	213	222	202	197	213	211	198	219	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	3	3	3	2	2	2	1	1	1	
*SCHLACHTMENGEN ³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN ²⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t	32,6	31,3	32,2	27,1	27,3	27,9	29,6	27,7	30,4	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	14,0	13,6	14,1	10,3	10,8	10,2	11,7	10,7	11,7	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	18,4	17,4	17,9	16,5	16,2	17,5	17,6	16,7	18,4	
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für ²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	292	294	290	283	289	297	296	300	301	
Kälber	kg	117	119	113	110	126	127	128	126	127	
Schweine	kg	82	83	82	82	83	83	84	84	84	
GEFLÜGEL											
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	122	101	
*für Legehennenküken				
für Masthühnerküken	1 000	1	1	-	-	-	-	-	-	-	
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	120	126	
*MILCHERZEUGUNG											
1 000 t		218	199	215	239	250	173	204	213	246	
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	92	97	98	94	91	96	97	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,8	13,2	14,0	16,0	16,2	12,4	13,7	14,7	16,5	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Die Veröffentlichung der Bevölkerungszahlen sowie der Zahlen, die auf die Bevölkerung Bezug nehmen, wird ab Juni 1987 bis zum Vorliegen der neuen Ausgangsbasis (Volkszählungsergebnis vom 25. Mai 1987) ausgesetzt b) 24. 5. 1987 c) 1. 5. bis 24. 5. 1987 d) Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988			
		Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	167	164	163	163	163	162	163	163	164
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	112	110	111	111	110	110	110	110
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 705	15 228	15 781	15 479	15 006	15 373	16 493	15 183	15 073
*Lohnsumme	Mill. DM	328,7	331,1	296,9	326,6	322,4	298,3	317,3	334,3	329,9
*Gehaltssumme	Mill. DM	229,1	239,1	222,3	227,7	242,1	225,4	234,9	241,4	246,5
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 698	1 763	1 828	1 655	1 537	2 158	1 940	1 842	1 784
aus dem Inland	Mill. DM	1 123	1 177	1 194	1 109	1 053	1 182	1 313	1 102	1 222
aus dem Ausland	Mill. DM	575	586	634	546	484	976	627	739	563
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 054	2 995	2 937	2 979	2 984	3 071	3 187	3 073	3 019
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 399	2 321	2 266	2 360	2 262	2 107	2 488	2 258	2 375
*Auslandsumsatz	Mill. DM	656	675	722	620	722	964	699	815	644
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	15	14
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m³	34,8	39,0
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	51	76
*leichtes Heizöl	1 000 t	10	8
*schweres Heizöl	1 000 t	42	68
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	242	255	250	263	247	263	281	255	260
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	26	29	24	24	27	31	33	29	32
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	104,5	...	106,8	115,7	110,6
BAUHAUPTGEWERBE ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 895	39 653	36 737	39 716	40 876	36 313	36 292	37 032	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 271	4 128	2 352	4 622	4 788	2 730	3 445	4 031	...
darunter für	1 000	1 587	1 478	908	1 570	1 674	1 063	1 321	1 465	...
*Wohnungsbauten	1 000	941	991	672	1 129	1 159	765	830	958	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 629	1 566	734	1 857	1 863	868	1 240	1 526	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000									...
*Lohnsumme	Mill. DM	87,1	87,1	45,0	89,4	95,3	57,7	66,3	80,8	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	17,8	18,2	16,3	17,0	17,4	16,0	16,4	17,0	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	370,0	343,9	158,6	257,3	328,9	206,9	261,0	277,5	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	210,9	204,4	234,8	251,3	233,0	179,3	258,0	208,7	...
AUSBAUGEWERBE ⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 068	7 074	6 753	6 786	6 881	6 883	6 895	6 993	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	842	840	816	819	799	798	867	788	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	17,9	18,7	16,5	17,1	17,5	17,3	18,5	18,0	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	52,6	53,4	42,5	41,4	50,0	44,5	54,9	47,3	...
OFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG ¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 875	...	2 785	2 532	1 471
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	909	...	1 039	891	879
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m³
HANDWERK										
				1.Vj.87			1.Vj.88			
HANDWERK (Meßzahlen) ¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	97,6	98,2	93,4	.	.	.	95,5	.	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	136,8	142,0	103,9	.	.	.	120,6	.	.
*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht										
1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Ab März 1988 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischer Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe										

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Ab März 1988 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988			
			Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	486	428	425	431	561	359	430	536	560
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	425	388	376	403	510	324	396	469	509
*2 Wohnungen	Anzahl	47	26	30	22	32	24	26	47	36
*Rauminhalt	1 000 m³	345	306	325	293	392	243	313	396	404
*Wohnfläche	1 000 m²	62	54	57	51	68	42	56	68	71
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	97	108	76	123	117	75	96	100	133
*Rauminhalt	1 000 m³	400	414	217	647	380	245	327	454	494
*Nutzfläche	1 000 m²	64	73	42	113	65	43	61	72	79
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	727	609	695	531	756	452	600	788	725
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	797,9	846,4	868,8	813,3	830,1
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	130,7	128,5	150,0	171,4	162,6
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	667,2	717,9	718,8	641,9	667,5
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	14,8	14,7	16,8	15,0	14,3
*Halbwaren	Mill. DM	47,5	47,5	46,7	46,1	56,1
*Fertigwaren	Mill. DM	604,9	655,7	655,3	580,9	597,1
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	87,3	94,7	99,2	96,4	103,5
*Enderzeugnisse	Mill. DM	517,6	560,9	556,1	484,5	493,6
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	398,0	404,9	419,6	437,3	408,3
darunter Niederlande	Mill. DM	78,5	75,9	82,8	83,6	75,2
Dänemark	Mill. DM	73,1	73,4	74,9	78,8	77,9
Frankreich	Mill. DM	72,0	73,1	77,9	75,8	65,4
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	66,0	66,9	61,5	69,3	79,9
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	100	p 105,5	p 99,6	p 108,8	p 103,4	p 93,4	p 113,3	p 104,7	...
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	100	p 103,0	p 75,6	p 98,7	p 116,6	p 70,0	p 84,8	p 102,7	...
FREMDENERKEHR IN BEHERBERGUNGSTATEN MIT 9 UND MEHR GASTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	258	257	140	255	348	p 111	p 176
darunter *von Auslandsgästen	1 000	32	32	19	31	34	p 14	p 19
*Übernachtungen	1 000	1 423	1 428	544	1 211	1 691	p 415	p 764
darunter *von Auslandsgästen	1 000	58	59	41	60	66	p 33	p 40
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 323	...	1 368	1 234	1 332
Güterversand	1 000 t	743	...	884	942	869
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	135	113	112	114	95	116	146	106	...
*Güterversand	1 000 t	159	155	142	157	154	141	153	128	...
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE	Anzahl	10 184	10 479	12 956	14 160	11 989	r 8 776	13 403
darunter Krafträder										
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	216	235	604	849	404	102	566
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	9 316	9 535	11 524	12 347	10 779	8 092	11 913
*Lastkraftwagen										
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	382	410	451	533	449	373	551
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 396	1 317	978	1 218	1 527	1 302	1 232	p 1 134	p 1 707
*Getötete Personen	Anzahl	31	28	31	32	32	24	30	p 26	p 47
*Verletzte Personen	Anzahl	1 799	1 699	1 248	1 547	1 972	1 636	1 633	p 1 468	p 2 197

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988			
		Monats- durchschnitt ¹⁾	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN ²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	73 724	76 179	74 008	74 278	74 686	76 405	76 240	.	76 133
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	72 255	74 711	72 456	72 795	73 255	74 913	74 799	.	74 669
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 721	8 868	9 443	9 251	9 157	9 119	9 126	.	8 742
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 384	8 685	9 283	9 012	9 064	8 569	8 968	.	8 650
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	337	185	161	239	92	550	158	.	92
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 384	4 376	4 665	4 777	4 700	4 318	4 275	.	4 251
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 077	3 693	3 910	4 043	4 001	3 629	3 584	.	3 603
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 308	684	754	735	699	690	692	.	649
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	57 149	61 466	58 347	58 766	59 398	61 476	61 398	.	61 676
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	43 173	45 288	43 468	43 673	43 839	45 365	45 386	.	45 546
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 977	16 178	14 879	15 093	15 559	16 111	16 012	.	16 130
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	50 691	54 562	51 228	51 348	51 720	54 888	54 390	.	55 242
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	31 571	34 412	31 901	32 021	32 382	34 632	34 163	.	34 979
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	24 780	27 033	24 851	24 903	25 176	27 971	27 023	.	27 565
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 791	7 379	7 050	7 118	7 207	7 272	7 140	.	7 413
*Spareinlagen	Mill. DM	19 120	20 150	19 328	19 327	19 338	20 256	20 227	.	20 263
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	13 759
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 088	1 023	.	3 569	.	.	3 639	.	.
*Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	975	990	.	3 367	.	.	3 560	.	.
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	73	63	60	106	55	68	58	59	64
*Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	1	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	281	227	242	198	222	145	185
*Wechselsumme	Mill. DM	1,9	1,7	2,3	1,4	1,4	0,7	1,0
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt	1.Vj.87	1.Vj.88					
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 564,8	2 711,6	2 640,7	.	.	.	2 773,3	.	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 827,3	1 900,2	1 718,3	.	.	.	1 798,4	.	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 323,8	1 422,2	1 257,4	.	.	.	1 331,1	.	.
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	249,6	257,3	225,0	.	.	.	252,7	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	29,8	36,7	34,4	.	.	.	43,2	.	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	224,2	184,1	201,6	.	.	.	171,3	.	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	737,4	811,4	922,4	.	.	.	975,0	.	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	438,7	498,0	635,9	.	.	.	643,8	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	298,8	313,4	286,5	.	.	.	331,2	.	.
*Bundessteuern	Mill. DM	134,1	132,5	143,2	.	.	.	145,1	.	.
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	0,0	.	.	.	0,0	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	120,0	117,8	114,6	.	.	.	113,5	.	.
*Landessteuern	Mill. DM	187,3	180,6	183,1	.	.	.	187,2	.	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	25,8	30,1	26,5	.	.	.	34,2	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	90,5	83,7	87,5	.	.	.	79,9	.	.
*Biersteuer	Mill. DM	7,1	6,7	5,5	.	.	.	5,7	.	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	278,3	276,7	256,1	.	.	.	274,5	.	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,6	7,7	7,7	.	.	.	7,7	.	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	67,5	68,9	66,9	.	.	.	70,9	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	193,5	190,7	171,8	.	.	.	188,6	.	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 330,4	1 401,2	1 384,9	.	.	.	1 444,9	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	700,1	726,1	644,0	.	.	.	666,4	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	479,3	527,4	599,5	.	.	.	633,7	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,9	15,3	1,8	.	.	.	0,4	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 518,6	1 549,2	1 520,6	.	.	.	1 591,8	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	865,8	895,4	825,0	.	.	.	864,9	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	448,5	458,0	514,4	.	.	.	540,1	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,9	15,3	1,8	.	.	.	0,4	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	510,3	519,2	252,0	.	.	.	275,9	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	159,7	160,2	175,5	.	.	.	189,4	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	265,9	273,1	7,7	.	.	.	0,5	.	.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1986	1987	1987			1988			
		Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT 1980 = 100									
Einfuhrpreise	101,0	94,4	93,9	94,2	94,4	93,8	93,6	94,1	...
Ausfuhrpreise	116,8	115,5	115,1	115,2	115,4	116,4	116,8	117,4	...
Grundstoffpreise ⁶⁾	104,7	99,7	98,7	98,8	99,1	100,0	100,0	100,6	...
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾ 1985 = 100	97,5	95,1	94,9	94,6	94,7	95,4	95,5	95,8	...
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	97,2	93,9	95,7	95,3	93,9	94,1	p 94,2	p 92,3	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	116,2	118,6	.	.	118,5	119,7
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	108,4	103,9	104,8	104,8	104,6	p 103,8	p 103,8	p 104,0	...
Einzelhandelspreise	117,3	117,8	117,7	117,9	118,2	118,3	118,2	118,6	118,7
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	120,7	121,0	120,7	121,0	121,1	121,8	121,9	122,2	122,4
darunter für									
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	117,6	117,0	117,4	117,9	118,3	117,1	116,9	117,4	117,6
Bekleidung, Schuhe	120,6	122,2	121,9	122,0	122,0	123,2	123,3	123,5	123,6
Wohnungsmieten	126,4	128,7	128,1	128,3	128,4	130,4	130,7	130,9	131,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	116,4	106,1	106,0	105,1	104,7	103,2	102,4	103,4	103,1
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	119,1	120,5	120,1	120,3	120,4	121,4	121,6	121,7	121,8
LÖHNE UND GEHALTER									
- Effektivverdienste in DM -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	715	735	.	726
darunter *Facharbeiter	746	768	.	759
*weibliche Arbeiter	496	515	.	511
darunter *Hilfsarbeiter	470	488	.	490
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	17,53	18,07	.	17,93
darunter *Facharbeiter	18,38	18,95	.	18,80
*weibliche Arbeiter	12,60	13,13	.	13,00
darunter *Hilfsarbeiter	12,00	12,49	.	12,41
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	40,7	40,5	.	40,5
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,4	39,2	.	39,3
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	4 273	4 456	.	4 416
*weiblich	2 925	3 051	.	3 021
Technische Angestellte									
*männlich	4 370	4 543	.	4 490
*weiblich	2 839	2 958	.	2 933
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 425	3 554	.	3 531
*weiblich	2 347	2 433	.	2 400
Technische Angestellte									
männlich	3 436	3 462	.	3 432
weiblich	2 192	2 219	.	2 167
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 599	3 945	.	3 815
weiblich	2 509	2 606	.	2 574
Technische Angestellte									
männlich	4 304	4 466	.	4 416
weiblich	2 789	2 898	.	2 869

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken

3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN A
Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen
in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner				in 1 000	in 1 000					
1983	2 618	5,7	9,0	11,9	- 8	6	1 135	72	364	232	466
1984	2 615	5,8	8,8	11,8	- 8	5	1 144	72	344	250	479
1985	2 614	5,8	8,8	12,0	- 8	9	1 146	60	351	244	492
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	1 151	58	342	234	518
1987	- 5	...	1 155	62	336	247	511

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ³⁾				
	Schüler im September ²⁾ in					von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
	in 1 000													
1983	163	16	74	80	2	11	38	33	18	59 405	4,7	53 395	1,6	95
1984	152	15	68	76	2	10	38	33	19	62 422	5,1	55 083	3,2	95
1985	144	14	62	73	2	10	37	32	21	64 158	2,8	55 380	0,5	94
1986	137	13	58	70	2	10	35	33	23	67 593	5,4	56 695	2,4	95
1987	133	13	53	67	2	69 729	3,2	57 404	1,3	94

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 6)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴⁾									
	in 1 000										
1983	1 616	574	1 733	(3 810) ^a	480	3 034	2 747	4 928	2 085	93	589
1984	1 627	545	1 767	3 457	571	3 057	2 674	4 780	2 320	187	831
1985	1 592	526	1 743	(2 995) ^a	575	2 944	2 600	4 853	2 240	178	776
1986	1 540	514	1 718	3 214	612	2 909	2 612	5 020	2 437	152	769
1987	1 497	480	1 632	, ^a	595	2 761	2 388	4 802	2 132	121	494

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾											Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom ⁸⁾	
in 1 000												
1983	166	114	195	3 620	2 432	34 185	6 352	227	1 111	579	290	50
1984	165	113	194	3 673	2 485	36 236	8 090	231	1 346	568	312	49
1985	166	114	192	3 829	2 597	36 550	7 873	200	1 207	556	318	42
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 867	180	865	501	319	41
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen, 1983 und 1984 Ergebnisse der 0,4%-EG-Arbeitskräfteerhebung

2) 1984: November

3) 1985 bis 1987 vorläufiges Ergebnis

4) ohne Ammen- und Mutterkühe

5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

6) Gewerbliche und Hauswirtschaftliche, einschließlich des übergeordneten Versandtes, ohne übergeordneten Empfang

7) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

8) ohne Eigenenergieerzeugung

9) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Mit früheren Jahren eingeschränkt vergleichbar

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 24. 5. 1987			Bevölkerungsveränderung im Mai 1987			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1988 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Oberschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat ¹⁾	Vorjahres- monat						
		in %							
FLensburg	85 361	+ 0,0	.	- 2	19	17	33	1	36
KIEL	244 164	+ 0,0	.	- 44	162	118	132	1	157
LOBECK	208 085	- 0,1	.	- 89	- 170	- 259	146	-	168
NEUMÜNSTER	77 580	- 0,1	.	- 4	- 91	- 95	72	1	87
Dithmarschen	128 037	- 0,1	.	- 23	- 95	- 118	80	3	111
Hzgt. Lauenburg	157 605	- 0,0	.	- 44	41	- 3	89	2	126
Nordfriesland	160 479	+ 0,1	.	32	138	170	104	3	142
Ostholstein	196 680	+ 0,1	.	- 47	234	187	138	7	173
Pinneberg	262 787	- 0,0	.	- 19	- 8	- 27	168	5	210
Plön	117 895	- 0,1	.	1	- 64	- 63	105	2	131
Rendsburg-Eckernförde	247 264	- 0,1	.	- 17	- 139	- 156	190	6	250
Schleswig-Flensburg	182 681	-	.	4	- 4	0	112	14	171
Segeberg	219 066	+ 0,1	.	5	175	180	139	-	183
Steinburg	125 760	- 0,4	.	12	- 565	- 553	77	2	91
Stormarn	198 415	+ 0,1	.	- 11	128	117	122	-	161
Schleswig-Holstein	2 611 859	- 0,0	.	- 246	- 239	- 485	1 707	47	2 197

Verarbeitendes Gewerbe³⁾Kraftfahrzeugbestand
am 1. 1. 1988

KREISFREIE STADT		Pkw6)				
Kreis	Betriebe am 31. 5. 1988	Beschäftigte am 31. 5. 1988	Umsatz4) im Mai 1988 Mill. DM	insgesamt5)	Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	69	8 487	170	36 970	33 166	...
KIEL	123	21 778	282	103 362	92 974	...
LOBECK	139	20 290	276	87 610	78 774	...
NEUMÜNSTER	68	9 985	123	37 055	33 157	...
Dithmarschen	65	6 085	251	70 581	57 427	...
Hzgt. Lauenburg	95	7 742	106	82 579	71 991	...
Nordfriesland	57	2 963	83	85 747	70 035	...
Ostholstein	79	5 975	116	95 823	82 779	...
Pinneberg	186	20 096	325	136 573	119 732	...
Plön	47	2 564	37	63 703	54 094	...
Rendsburg-Eckernförde	125	9 750	183	132 400	111 985	...
Schleswig-Flensburg	81	4 989	124	99 189	81 354	...
Segeberg	165	16 509	315	130 065	112 707	...
Steinburg	81	9 046	198	70 496	58 501	...
Stormarn	152	17 247	430	108 954	96 677	...
Schleswig-Holstein	1 532	163 506	3 019	1 341 107	1 155 353	...

1) 30. 4. 1987 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Fahrzeuge ohne Fahrzeugbrief 6) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1987			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 5. 1988	Kurzarbeiter Monatsmitte Mai 1988	offene Stellen 31. 5. 1988	Schweine insgesamt am 3. 4. 1988	Rindvieh am 3. 12. 1987	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
in %			in 1 000						
Schleswig-Holstein	2 612,4	+ 4,7	- 0,0	103	8	7	1 647,3	1 497	480
Hamburg	1 568,8	- 12,5	- 0,5	97	8	5	6,4	12	3
Niedersachsen	7 192,1	+ 1,6	- 0,0	303	28	20	7 581,3	3 221	1 010
Bremen	653,8	- 9,5	- 0,6	42	4	2	7,6	16	5
Nordrhein-Westfalen	16 673,1	- 1,4	+ 0,1	743	43	42	6 248,9	1 950	567
Hessen	5 547,9	+ 3,1	+ 0,3	148	12	16	1 152,8	788	253
Rheinland-Pfalz	3 608,3	- 1,0	- 0,1	105	8	10	578,9	579	202
Baden-Württemberg	9 335,9	+ 5,0	+ 0,6	193	36	42	2 392,6	1 708	626
Bayern	11 029,8	+ 5,3	+ 0,5	270	31	39	4 094,7	5 048	1 909
Saarland	1 040,8	- 7,1	- 0,3	50	16	3	41,3	69	23
Berlin (West)	1 880,0	- 11,4	+ 1,0	96	5	10	3,1	1	0
Bundesgebiet	61 142,5	+ 0,8	+ 0,2	2 149	198	196	23 754,7	14 887	5 077

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im Februar 1988	
	Beschäftigte am 31. 3. 1988 in 1 000	Umsatz ²⁾ im März 1988		Beschäftigte am 29. 2. 1988 in 1 000	zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	je 10 000 Einwohner Stand: 31. 3. 1987
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %				
Schleswig-Holstein	163	3 187	22	36	14	452	1,7
Hamburg	134	5 957	14	20	12	158	1,0
Niedersachsen	636	14 545	34	91	13	1 321	1,8
Bremen	76	2 074	37	10	16	55	0,8
Nordrhein-Westfalen	1 940	38 885	30	214	13	2 414	1,4
Hessen	625	10 836	31	81	15	1 123	2,0
Rheinland-Pfalz	364	7 924	38	55	15	1 105	3,1
Baden-Württemberg	1 430	25 613	33	164	18	3 128	3,4
Bayern	1 344	23 211	35	178	16	3 582	3,2
Saarland	133	2 608	34	15	15	153	1,5
Berlin (West)	162	4 246	11	31	16	337	1,8
Bundesgebiet	7 006	139 085	31	894	15	13 828	2,3

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7. 1987			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im März 1988				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾	Steuereinnahmen			
	ins- gesamt ⁵⁾	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle	am 29. 2. 1988 in DM je Einw.	des Landes	des Bundes	der Gemeinden	
		Anzahl	je 1 000 Einwohner									im 4. Vierteljahr 1987
in 1 000							in DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein	1 338	1 140	...	1 232	30	1 633	135	7 754	680	613	.	
Hamburg	696	624	...	801	6	1 039	130	11 130	959	4 865	.	
Niedersachsen	3 814	3 225	...	3 237	33	4 269	134	9 659	680	632	.	
Bremen	290	260	...	-	-	-	-	10 898	786	1 542	.	
Nordrhein-Westfalen	8 388	7 441	...	6 661	136	8 522	130	10 517	801	1 236	.	
Hessen	3 134	2 703	...	2 413	43	3 158	133	12 067	810	1 088	.	
Rheinland-Pfalz	2 079	1 739	...	1 514	24	1 973	132	11 322	690	772	.	
Baden-Württemberg	5 272	4 443	...	3 295	78	4 480	138	12 482	820	1 079	.	
Bayern	6 315	5 113	...	3 860	109	5 452	144	12 677	770	880	.	
Saarland	555	491	...	405	6	582	145	10 240	684	727	.	
Berlin (West)	774	676	...	850	13	1 020	122	9 647	655	2 602	.	
Bundesgebiet	32 656 ^a	27 855 ^a	...	24 515 ^b	537 ^b	32 438 ^b	135 ^b	11 164	771	1 139	.	

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
5) einschließlich Fahrzeuge ohne Fahrzeugbrief 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige
Zahlen 8) ohne Postspareinlagen

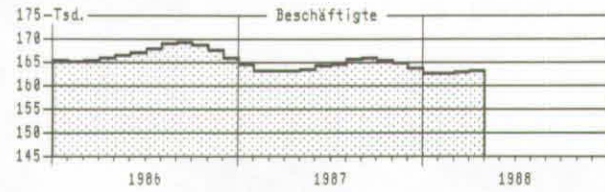
a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn b) Bundesgebiet ohne Bremen

Entwicklung im Bild

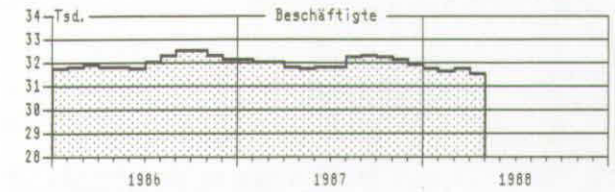
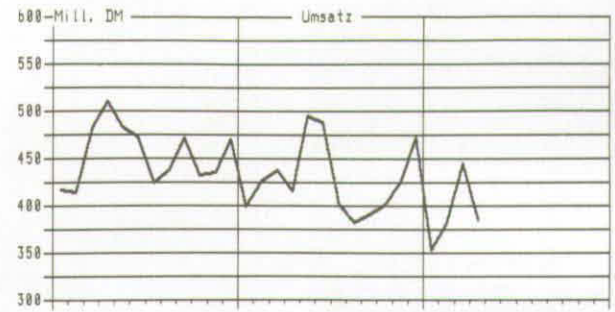
D 5608 Stat LA S-H (B)

Verarbeitendes Gewerbe

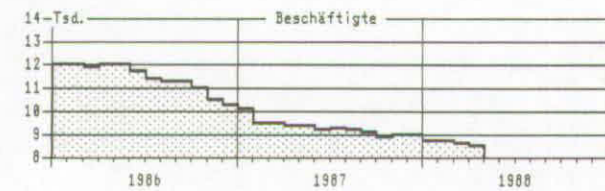
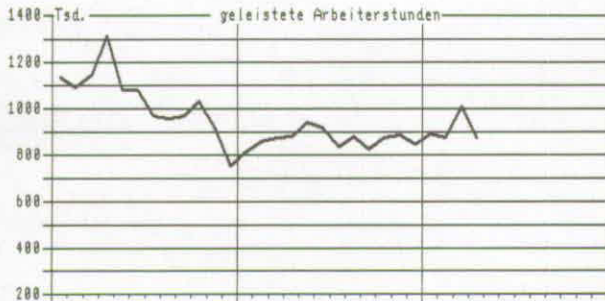
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



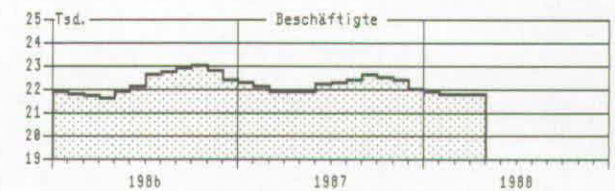
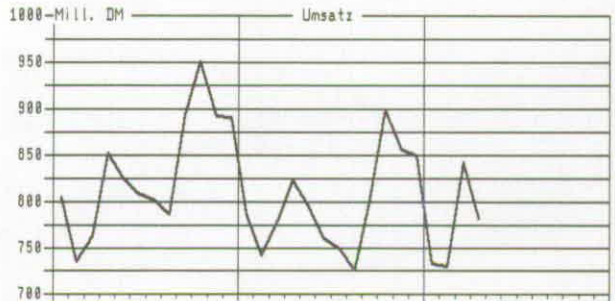
darunter Maschinenbau



darunter Schiffbau

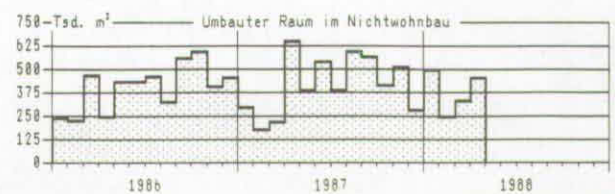
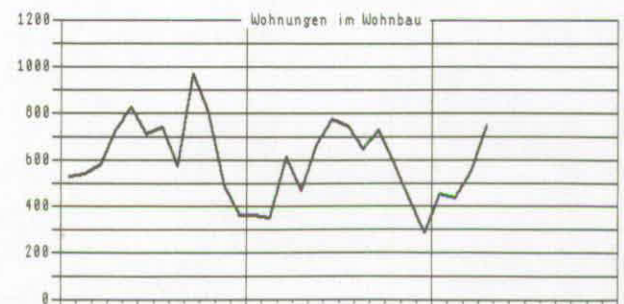
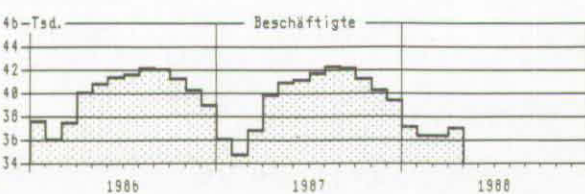
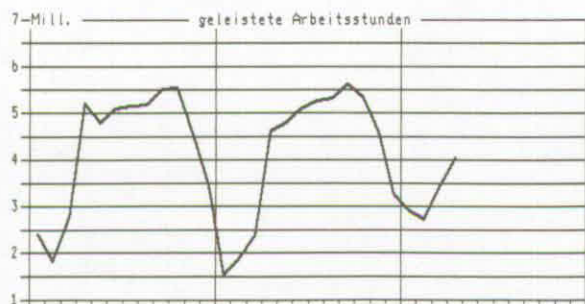


darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe

Baugenehmigungen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 6 89 50
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -